

AL-DJABHA

DIE FRONT

Nr. 5 Preis:
Jahr: 1970 - 40 DM

Herausgeber : KOMITEE ZUR UNTERSTÜTZUNG PALÄSTINAS
in Aachen, Frankfurt und Heidelberg

6900 HEIDELBERG GRABENGASSE 14 c/o Asta

Editorial

EIN JAHR FPDLP

Ein Jahr nach ihrer Gründung ist die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas zu der organisierten Kraft geworden, die den nationalen Befreiungskampf am eindeutigsten mit der antimperialistischen Revolution, die auch die reaktionären arabischen Staaten bedroht, verbindet. Noch in der Mitte des vorigen Jahres konnte ein Vertreter des linken Flügels von Al-Fath feststellen: "Die Existenz der FPDLP ist notwendig, denn diese Organisation und Al-Fath ergänzen einander. Al-Fath rekrutiert alle fortschrittlichen Elemente, worin auch immer ihre ideologischen Differenzen liegen. Innerhalb von Al-Fath entwickelt sich so ein Dialog und ihre ideologischen Fortschritte werden durch die tägliche Konfrontation der Kämpfer mit der Realität und durch die Praxis des bewaffneten Kampfes bestimmt. Die Demokratische Front verstärkt den linken Flügel von Al-Fath und, umgekehrt, korrigiert die Praxis von Al-Fath die Ideologie der Demokratischen Front." (1) Hier wird der FPDLP die Rolle eines ideologischen und intellektuellen Korrektivs zur Praxis, die weitgehend Monopol von Al-Fath bleibt, zugeschrieben. Heute muß man dagegen davon ausgehen, daß die linke Minderheit innerhalb von Al-Fath tatsächlich auf die entfaltete Praxis in den Massen und die theoretische Arbeit der FPDLP angewiesen ist. Was vor einem halben Jahr noch als bloß taktischer Widerspruch (in der Einschätzung des Verhältnisses



INHALT :

| | |
|--|-------|
| Editorial | S. 1 |
| Che-Guevara-Aktion | S. 3 |
| Zur Geschichte der palästinensischen Widerstandsbewegung | S. 5 |
| Die V. arabische Gipfelkonferenz | S. 9 |
| FPDLP - ISRACA - Resolution | S. 13 |
| Die israelische Besatzungspolitik | S. 14 |
| Erster Internationaler Kongreß der Palästina-Komitees in Algier | S. 16 |
| Die Streikbewegung in Jordanien | S. 17 |
| Erklärung zum Aufenthalt des belgischen Nazi Degrelle in der VAR | S. 18 |
| Aus dem Saudi-arabischen Budget | S. 19 |

Verantwortlich: Dieter Hildebrandt, 69 Heidelberg

Druck: J. Noth, 69 Heidelberg

Spendenkonto FPDLP: Heidelberger Volksbank, Kto-Nr. 5012

der Widerstandsbewegung zu den verschiedenen arabischen Staaten) erscheinen konnte, hat sich inzwischen als Frage, an der sich die Weiterentwicklung der gesamten Widerstandsbewegung entscheiden wird in dem Maße herausgestellt, indem von Seiten der arabischen Staaten der Druck zugunsten der "friedlichen Lösung" wächst. Die Front zwischen denen, die als "nationale Befreiung" die Rückeroberung der von Israel besetzten Gebiete unter Führung der arabisch-palästinensischen Bourgeoisie anstreben, und denen deshalb die mit der "friedlichen Lösung" verbundene Wiederherstellung des status quo ante erstrebenswert erscheinen muß, auch wenn sie das jetzt noch lieber verschweigen, und denen, die die Befreiung der vom Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Massen durch die Zerschlagung aller imperialistischen Bastionen im Nahen Osten anstreben, verläuft heute zwischen der rechten Mehrheit in der Führung der PLO einerseits und dem linken Flügel von Al Fath, Al Saikah und der FPDLP andererseits. Die Voraussetzung dafür, dass die palästinensische Linke im Bündnis mit progressiven Teilen der Kleinbourgeoisie den Kampf gegen den Nur-Nationalismus führen kann, ist, dass sie von einer Partei geführt wird, die in den Massen fest verankert ist und die von einer revolutionären Theorie angeleitet wird. Das erste Jahr der FPDLP galt dem Aufbau einer solchen Organisation.

Die Organisation der FPDLP

Seit der Abspaltung des zahlenmäßig schwachen linken Flügels der FPLP am 22. Feb. 1969 und der damit vollzogenen Gründung der FPDLP hat diese folgende organisatorische Ziele erreicht:

1. Den Aufbau einer politisch-militärischen Kaderorganisation nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, deren wachsende militärische Stärke sich in der Wucht der Schläge zeigt, die sie dem israelischen Besatzer versetzen kann (s. z. B. die Che Guevara Aktion) und die mit Hilfe der Kadenschule der FPDLP fest mit der marxistisch-leninistischen Theorie ausgerüstet ist, und so die Kämpfe der palästinensischen und jordanischen Massen anleiten und unterstützen kann.

2. Den Aufbau von Volksmilizen als demokratischen, politisch-militärischen Massenorganisationen, aus denen sich die Kaderorganisation rekrutiert, die die marxistisch-leninistische Theorie in der Massenagitation umsetzen, das Volk auf die bewaffnete Auseinandersetzung mit dem Zionismus und der arabischen Reaktion ideologisch und militärisch vorbereitet und den Nachschub für die FPDLP organisiert.

3. Die feste Verbindung mit den palästinensischen und transjordanischen Massen, deren materielle Unterstützung für die FPDLP lebenswichtig ist, da sie, im Gegensatz zu allen anderen Organisationen kaum Unterstützung von außen erhält. Die FPDLP unterstützt dabei nicht nur die palästinensischen Massen in den Flüchtlingslagern, sie organisiert und unterstützt ebenso die jordanischen Bauern und Arbeiter in ihrem Kampf gegen das Kapital und den Großgrundbesitz (2). Zu dieser Verbindung mit den Massen zählen für die FPDLP auch ihre guten Beziehungen zur Basis und den Massenorganisationen der anderen

Widerstandsorganisationen. Durch diese Kontakte trägt sie die Demokratisierung und die Diskussion über die richtige Linie in diese Organisationen.

4. Die feste internationalistische Verbindung der FPDLP mit den revolutionären Bewegungen in fast allen arabischen Staaten, die deutlich macht, dass der Kampf gegen den Zionismus nur eine Etappe der revolutionären Entwicklung im Nahen Osten ist. Dass dieser Internationalismus kein verkappter panarabischer Nationalismus ist, zeigt sich an der Unterstützung der FPDLP für die kurdische Linke und die antizionistische israelische Linke. (3)

Die Stellung der FPDLP innerhalb der Widerstandsbewegung

Im Spätsommer veröffentlichte Al Fath intern eine Schätzung, nach der die Zahl der politisch-militärischen Kader der FPDLP um das vierzehnfache, die der Volksmilizen um das 23fache seit ihrer Gründung gestiegen sei. (4) Die Diskussion auf der palästinensischen Nationalversammlung im September 69, der Streit um die richtige Behandlung der Libanon-Frage (5) und vor allem die praktisch-politische Arbeit der FPDLP haben die FPDLP weiter so gestärkt, dass der rechte Flügel in der PLO mit hilflosen Gesten versucht, die Wirkung der FPDLP einzuschränken, die FPDLP zu isolieren und so die palästinensische Widerstandsbewegung zu spalten. Schon nach der palästinensischen Nationalversammlung wurde vergeblich versucht, ein Kontaktverbot an der Basis zwischen FPDLP und Al Fath durchzusetzen. Am 24.12.69 veröffentlichte die FPDLP eine Erklärung, in der sie die Spaltungsversuche von einigen rechten Elementen zurückwies, die versuchten, die Veröffentlichung der Che Guevara-Aktion durch das militärische Oberkommando (CLAP) zu verhindern, weil sie deren propagandistische Wirkung für die FPDLP fürchteten, und die darüberhinaus eine gefälschte Erklärung verbreiteten, nach der die FPDLP aus dem CLAP ausgeschlossen worden sei. Allerdings hatte sich die FPDLP zeitweilig von der aktiven Mitarbeit im CLAP zurückgezogen, um eine gleiche Behandlung aller Mitgliedsorganisationen auch unter den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen zu erzwingen und so die Einheit der Widerstandsbewegung zu stärken.

In verzerrter Form zeigen sich diese Auseinandersetzungen und spalterischen Tendenzen auch in der BRD. Die Al-Fath-Anhänger in Westdeutschland, die in der General-Union Palästinensischer Studenten (GUPS) die Mehrheit haben, verstehen sich mindestens zum Teil als Sozialisten. Trotzdem folgen sie, sicher aus Unkenntnis der genauen Entwicklung in Jordanien, der Linie des rechten Flügels in der PLO und versuchen die Linke überall zu isolieren und zu diskriminieren. Nicht nur, daß sie Genossen, deren Sympathien mit der FPDLP bekannt sind, in der deutschen Öffentlichkeit gewaltsam am Reden zu hindern versuchen (so geschehen auf einem Libanon-Teach-in in Frankfurt), auch unter den palästinensischen Studenten und Arbeitern würden sie am liebsten jeden Einfluß der Linken unterdrücken: Ein Resolutionsentwurf, den palästinensische und israelische Genossen auf der Konferenz der GUPS am 17. 1. 1970 in Frankfurt ein-

brachten und der in seinen Formulierungen geeignet war, eine Plattform für eine gemeinsame Politik abzugeben, wurde vom Präsidium der Konferenz ohne Diskussion abgewürgt. Zugleich wurde den FPDL- und israelischen Genossen praktisch jede Teilnahme an der Diskussion verweigert. Ein solches Verhalten richtet sich nicht nur gegen die innerisraelische antizionistische Opposition, sondern stärkt ebenso die rechten, spalterischen Tendenzen in der palästinensischen Widerstandsbewegung. Allerdings werden diese Versuche, die Diskussion in der westdeutschen Linken und unter den arabischen Arbeitern und Studenten in Westdeutschland nicht verhindern können. Wir drucken den unterdrückten Resolutionsentwurf in dieser Ausgabe von AL-DJABHA ab. Wie sehr diese Elemente gerade den rechtsten Flügel in der Widerstandsbewegung unterstützen, geht daraus hervor, daß ein offizieller Vertreter von Al-Fath, den deutsche Genossen im Sommer als Vertreter des demokratischen Flügels kennengelernt hatten, das Verhalten des GUPS Vorstandes und seine sektiererische Politik scharf rügte. Zugleich versuchen diese Elemente mit vielen Mao- und Leninziten der deutschen Linken Sand in die Augen zu streuen. Sie schaden sich damit nur selbst. Wenn z. B. in der Nr. 9/1970 der in Frankfurt erscheinenden "Palästinensischen Revolution" ein Libanon-Artikel des Redakteurs des FPDL-Organ Al-Hurriya, Kischli, abgedruckt wird, ist das für die palästinensische Linke gut und nicht schlecht, auch wenn die politische Position des Autors nur mangelhaft ausgewiesen wird. Die Linke kann auf diese Weise die größeren materiellen Möglichkeiten der arabischen Rechten indirekt nutzen.

Wir haben bereits angedeutet, daß der Hintergrund dieser Spaltungsversuche die Absicht ist, die anti-imperialistische palästinensische Widerstandsbewegung auf einen bloß nationalistischen Kampf im Dienste

der palästinensischen Bourgeoisie einzuschränken. Es ist wahrscheinlich, daß sich die Vertreter dieser Bourgeoisie, die in der PLO bis jetzt einen großen Einfluß haben, auf die Dauer für die "friedliche Lösung" einsetzen, die ihnen einen großen Teil ihrer Ziele verwirklichen helfen würde und zugleich die sozialrevolutionären Tendenzen, die sich im antiimperialistischen und antizionistischen Kampf entwickeln, sabotieren würde. Zugleich wird sich der Druck der nationalistischen arabischen Staaten, die sich nach der gescheiterten arabischen Gipfelkonferenz enger zusammenschließen, in diesem Sinn auf die Rechten in der PLO verstärken.

In dieser Situation ist es für die palästinensische Linke im wahrsten Sinne lebensnotwendig, daß sie die Phase des Parteaufbaus abschließt und ihre Position in den Massen so verankert, daß sie gegen alle Betrugsmanöver deren Interessen in jedem Fall wirkungsvoll verteidigen kann. Das ist um so notwendiger, als das Bündnis mit Al-Saikh davon abhängt, ob sich die Linke in der syrischen Baath-Partei an der Macht halten kann und als die Linke in Al-Fath nur im Bündnis mit der FPDL stark ist.

1. zitiert in :La Lutte de libération nationale du peuple palestinien, Lutte Palestienne, No. Spec., 1969
2. vgl. dazu den Bericht von G. Chailand in AL DJABHA Nr. 3/4 und die Erklärung der FPDL zum Streik der Zementarbeiter in dieser Nummer.
3. vgl. dazu u. a. die Erklärung von Nayef Hawatmeh, abgedruckt in Sozialistische Correspondenz, Info 23 (Frankf.); wichtiges Material zur revolutionären arabischen Linken findet sich in J.P. Viennot: Der Kampf der marxistisch-leninistischen Befreiungsfront im Dhofar, in: Rotes Forum 1/70.
4. vgl. AL DJABHA Nr. 2
5. zur Palästinensischen Nationalversammlung vgl. ebenda. zur Libanon Frage vgl. AL DJABHA Nr. 3/4

Che Guevara - Kommando - Aktion

Militärkommunique der FPDL

- Die Feddayin der FPDL griffen am Abend des 16.12.1969 zwanzig israelische Militärposten und 16 Wehrdörfer an.
- Die israelischen Aggressoren und Besatzer haben schwere Verluste erlitten.
- Radio-Israel gesteht die israelischen Verluste von 15 Offizieren und Soldaten ein.

Die militärischen Volkskräfte der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas führten am 16.12.69 eine Kommando-Aktion durch, die den Namen des verstorbenen Genossen Che Guevara trug:

- I. Eine Artillerie-Einheit der Feddayin der FPDL griff wichtige israelische Militärbasen in den folgenden Wehrdörfern an: Sha'ar Ha Gholan, Ashdot Jakov, Massada, Dagania-A, Dagania-B, Ghishar, Nive Ur, Yardina, Beit Yousef, Maos Haim, Kfar-Robin und Al Masar'a. Einige der

Militärbasen wurden in Brand gesetzt; die Stromversorgung wurde die ganze Nacht hindurch gestört und die Verbindungen nach außenhin unterbrochen.

- II. Zur gleichen Zeit griffen andere Kommando-Gruppen mit Artillerie, Raketen und automatischen Maschinengewehren folgende militärischen Stellungen an:

- 1) ein israelisches Waffenlager in Kherbeth Al Dueer
- 2) einen Wachtposten bei Sha'ar Ha Gholan
- 3) einen Wachtposten in Ashdot Takov
- 4) einen Wachtposten bei Al Zenbakiyeh
- 5) eine Militärbasis der israelischen Armee in Tel Musa
- 6) eine Militärbasis der israel. Armee in Beit Joseph
- 7) eine Militärbasis der israel. Armee in Tel Ismael, Tel Ziad, Tel Abu Al Sus, Shueir und Um Sadra.

- III. Andere Kommando-Gruppen und Durchbruchkommandos griffen folgende Ziele an: den elektrisch geladenen Stacheldraht auf dem Ver-

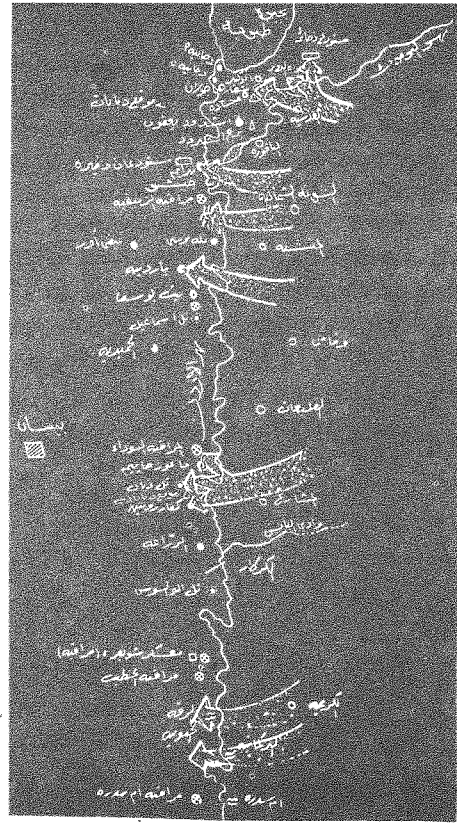
bindungsweg zwischen der besetzten syrischen Stadt Al Huma und Sha'ar Ha Gholan und zerstörte ihn auf 50m Länge. Zwei andere Durchbruchkommandos zerstörten weitere 30m bei Ghishar und 50m bei Maos Haim und Kfar Rubin. Danach drangen die Kommando-Gruppen ein und zerstörten ein Waffenlager auf dem Weg zwischen Al Huma und Sha'ar Ha Gholan, ein anderes nordöstlich von Ghishar und setzten sie in Brand. Eine dritte Kommando-Gruppe sprengte die Hauptbrücke zwischen Tiberias und Beisan.

- IV. Während der Kämpfe zwischen unseren militärischen Volkskräften und der Armee der israelischen Aggressoren und Besatzer drangen mehrere Durchbruchkommandos hinter die Kampflinie vor und griffen mit Raketen und automatischen Gewehren drei israelische Patrouillen im Gebiet vom Abu Kbir und Shue'ir an.
- V. Zur gleichen Zeit begannen die Verteidigungs- und Minenlegkommandos Minen an den folgenden Verbindungsstrassen zu legen: Huma-Sha'ar Ha Gholan, Sha'ar-Ha Gholan-Massada, Yardina-Beit Joseph, Ma'os Haim-Tel Diab und Shue'ir-Giftlek.

Die Verluste der israelischen Aggressoren sind nach den Einschätzungen der FPDLP-Fedayins folgende:

- 1) Zerstörung von vier israelischen Panzern. Der israelische Armeesprecher gestand nur zwei ein.
- 2) Zerstörung und Beschädigung von sieben gepanzerten Fahrzeugen.
- 3) Zerstörung von sechs israelischen Wachtposten.
- 4) Zerstörung von 130m elektrisch-geladenem Stacheldraht.
- 5) Zerstörung und Beschädigung neun israelischer

Die FPDLP verlor drei Genossen, acht wurden verwundet. Am 17.12.69 gestand Radio-Israel in den hebräischen Nachrichten um 8 Uhr und 10 Uhr morgens die hohen materiellen Verluste ein, die die Feddayin der FPDLP Israel bei der Che Guevara-Aktion zufügten. Die gefallenen israelischen Soldaten und Offiziere bezifferte Radio-Israel



in den Nachrichten am Morgen auf 12 und in den Nachrichten um 13 Uhr auf 15. Die drei Soldaten starben im Krankenhaus Lamiab in Haifa.

Die Feddayin der FPDLP führten die Che Guevara-Kommando-Aktion als einen Beitrag zur internationalen Solidarität mit den lateinamerikanischen Völkern durch. Der heroische Kampf des Genossen Che Guevara bleibt ein Wegweiser aller vom Imperialismus unterdrückten Völker.

Nieder mit dem imperialistischen Krieg
Es lebe der revolutionäre Volkskrieg
Es lebe die international Solidarität



Zur Geschichte der palästinensischen Widerstandsbewegung

Die Grundsatzklärung des August-Kongresses der FPLP von 1968 stellt fest, dass das Palästina-Problem im Laufe der Geschichte immer eng mit den Verhältnissen in den arabischen Gesellschaften verbunden war. Sie betonte ausdrücklich die dialektische Verbindung dieses Problems mit den arabischen Verhältnissen und deren Stellung innerhalb der internationalen Beziehungen. Diese bedeutungsvolle Erklärung des August-Kongresses 1968, hat die bürgerliche Legende, der Sieg des palästinensischen Volkes sei nur auf dem Boden Palästinas zu erringen, zerstört. Theoretisch gewann der Kampf des palästinensischen Volkes dadurch eine sozialistische Basis. Dieser theoretische Ansatz hat sich nicht als "regional", als Abweichung von der Gesetzmäßigkeit der historischen Entwicklung erwiesen und wird sich auch in der Zukunft nicht als solche erweisen, wie die Gegner des Marxismus-Leninismus ständig behaupten, sondern als Ausdruck der allgemeinen progressiven Vorwärtsentwicklung der Weltgeschichte, die zum Sieg des Sozialismus führt. In der historischen Entwicklung dieses Kampfes sind der Grundsatzklärung der Volkfront zufolge, das Allgemeine und das Besondere und das Einzelne untrennbar miteinander verknüpft. Um das zu konkretisieren und das Verhältnis von Theorie und Praxis am Beispiel Palästinas zu verdeutlichen, muß man sich die Geschichte des palästinensischen Kampfes vergegenwärtigen. Nur ein solcher historischer Rückblick kann das Allgemeine und das Besondere an der Geschichte dieses Volkes vermitteln. Natürlich braucht man dabei nicht die ganze geschichtliche Entwicklung aufzurollen, denn an bestimmten Wendepunkten der geschichtlichen Entwicklung kann empirisch aufgezeigt werden, welche Kräfte eine solche Entwicklung in Bewegung setzt. Im Falle Palästinas kann man von drei historischen Wendepunkten ausgehen, die das Verhältnis von Theorie und Praxis, Avantgarde und Masse konkretisieren.

Der Aufstand von 1936

Der erste Wendepunkt zeigte sich 1936. Als Antwort auf die Politik der Jewish-Agency, die auf die Verdrängung und Vertreibung der arabischen Arbeiter und Bauern abzielte, begann sich der arabische Widerstand zu organisieren. Der Prediger Izziddin El-Kassam begann, unterstützt von arabischen Sozialrevolutionären, nach dem "alljüdischen Kongress" 1929 auf dem Rothschild, Warburg, Marshal und andere Repräsentanten der jüdischen Hochfinanz ihre Vorstellung durchgesetzt hatten und auf dem die zio-

nistische Integrationsideologie und der Grundsatz von der jüdischen Arbeit festgelegt wurden, unter den arabischen Massen Agitation zu betreiben. Al-Kassam, der aus den armen Bevölkerungsschichten stammte, gelang es, kleine revolutionäre Zellen unter den Arbeitern in Haifa und unter den verdrängten Bauern zu gründen. Sein Fehler lag aber darin, daß er die Kräfteverhältnisse im palästinensischen Volk nicht richtig einschätzen konnte. Objektiv waren die Voraussetzungen eines Aufstandes gegen die Jewish-Agency und die Mandatsmacht vorhanden. Subjektiv waren dies Voraussetzungen allerdings kaum zu finden. Die palästinensischen Sozialrevolutionäre hofften auf eine spontane Massenbewegung, ja sogar auf die Unterstützung der palästinensischen Kompradorenbourgeoisie unter Führung des H. Amin El Husseini und anderen Großgrundbesitzern. Anstatt die Klassenverhältnisse und die Widersprüche im Volk sorgfältig zu studieren, und die organisatorischen Notwendigkeiten zu regeln, begannen die palästinensischen Sozialrevolutionäre nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Amin Al Husseini den Partisanenkampf.

Die erste Phase dieses Aufstandes endete mit der Zerschlagung der ersten Partisaneneinheiten am 14.11.1935. Sie leitete allerdings den palästinensischen Aufstand von 1936 ein. Die arabischen Arbeiter traten in einen Streik, der über sechs Monate dauerte. Die aus den Dörfern verdrängten Bauern schlossen sich den Arbeitern an. Nun waren die objektiven und subjektiven Bedingungen eines langanhaltenden Kampfes mehr denn je zuvor geschaffen.

Eine spontane Massenbewegung kann durchaus unter bestimmten Bedingungen revolutionäre Praxis einleiten. Dies erfordert allerdings eine revolutionäre Avantgarde, die mit einer revolutionären Theorie bewaffnet ist. Krisen sind dabei unvermeidlich; aber der Erfolg oder Misserfolg läßt sich in der angewandten Praxis und an der in ihr erworbenen Theorie messen. Die mit der Praxis erworbene Theorie - es gibt keine Praxis ohne Theorie, sowie auch keine Theorie ohne Praxis - muß den allgemeinen Erkenntnissen der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen und demzufolge die Kräfteverhältnisse vom Klassenstandpunkt aus einschätzen, wenn sie nicht zu, für die revolutionäre Bewegung katastrophalen, Fehleinschätzungen führen soll. Es gibt weder eine Praxis, noch eine Theorie, die nicht an Klassenpositionen orientiert ist. Welche waren aber die Kräfte, die den Gang des palästinensischen Aufstandes 1936 beeinflussten, und welche Praxis wurde angewandt, um aus der spontanen Massenbewegung die für den Kampf notwendige Organisationsform aufzubringen und weiter zu entwickeln.

Es muß betont werden, daß revolutionäre Situationen weder allein aus spontanen Massenbewegungen noch aus dem Generalstreik geschaffen werden können. Man bewegt sich in einer abstrakten und ahistorischen Betrachtungsweise, wenn man die spontane Massenbewegung allein für ein Mittel zur Revolutionierung der Gesellschaft hält. Sie kann aber Klassenbewußtsein und Klassengefühl produzieren, das für den einzuleitenden Klassenkampf von enormer Wichtigkeit ist. Das Klassenbewußtsein schafft seinerseits die Bedingungen unter denen eine theoretisch bewußte Avantgarde die Organisationsfrage auf die Tagesordnung setzt und die Kräfteverhältnisse im Kampf polarisiert.

In Palästina gab es zur Zeit des Aufstandes von 1936 die folgenden politischen Kräftekonstellationen:

1) die palästinensische kommunistische Partei und die Sozialrevolutionäre aus den kleinbürgerlichen und nationalbürgerlichen Bevölkerungsschichten. Als der Aufstand ausbrach, rief die kommunistische Partei die Bevölkerung auf, am Widerstand gegen den Zionismus und den britischen Kolonialismus teilzunehmen. Die Führung der Partei faßte einen Beschluß, der die innerparteilichen Auseinandersetzungen sehr deutlich reflektiert. In dem Beschluß heißt es: "Die arabischen Kommunisten müssen aktiv am Kampf gegen Zionismus und Imperialismus teilnehmen, die jüdischen Kommunisten hingegen die zionistische Gesellschaft von innen sabotieren." Die KP unterstützte weiterhin die im Jahre 1933 gegründete Unabhängigkeitspartei, insbesondere den linken Flügel unter Führung von Hamdi Al Hussein. Beide Parteien konnten allerdings die Rolle einer Avantgarde nicht spielen und aus der spontanen Massenbewegung ein revolutionäres Klassenbewußtsein bei den unterdrückten Bevölkerungsschichten schaffen. Die kommunistische Partei war aus verschiedenen Gründen nicht die der unterdrückten Klassen. Einerseits rekrutierte sich die Mehrheit des Proletariats aus dem im allgemeinen zionistisch orientierten jüdischen Einwanderern; andererseits unterschätzte die Partei die Rolle der arabischen Bauernschaft. Die schwankende Palästina-Politik der Komintern trug auch entscheidend dazu bei, daß die palästinensische kommunistische Partei keine kontinuierliche Politik betreiben konnte. Daher kollidierte die von der Partei betriebene Praxis mit der sozialistischen Theorie. Diese und andere Gründe führten 1939 zur Spaltung der Partei in eine arabische und eine jüdische Sektion.

2) Die arabischen Kompradoren und Großgrundbesitzer in- und außerhalb Palästinas: Sie kollaborierten heimlich mit der Jewish-Agency, bereicherten sich am Bodenverkauf und stellten sich zugleich an die Spitze des Widerstandes der unterdrückten palästinensischen Klassen. Anstatt den kolonialen Bestrebungen und Plänen der zionistischen Organisation und der britischen Mandatsmacht mit einer breiten Nationalfront entgegenzutreten - was allerdings ihren Klasseninteressen nicht entsprochen hätte - unterdrückten die Großgrundbesitzer und Kompradoren die nationale Befreiungsbewegung.

In der Phase des nationalen Kampfes treten die reaktionären Kräfte selbstverständlich nicht so offen konterrevolutionär auf. In der Praxis entlarven sie sich allerdings, weil sie ihren Interessen gemäß handeln und dabei verschiedene Taktiken anwenden. Die Masse, die spontan in den Kampf zieht, und der eine revolutionäre Avantgarde fehlt, kann von sich aus die Praxis der konterrevolutionären Kräfte nicht durchschauen. Die palästinensischen Feudalherren und Kompradoren, denen diese Tatsachen bewußt waren, und die sich dem Druck der Massenbewegung nicht widersetzen konnten, gingen scheinbar auf die Forderungen des Volkes ein und beriefen eine palästinensische Nationalversammlung ein, deren Aufgabe es sein sollte, die nationale Einheit herzustellen und den Widerstand der arabischen Massen zu organisieren. Schon einige Monate danach, wandten sich die reaktionäre Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer an die aufständischen Massen und forderten sie auf, den Kampf einzustellen. Gemeinsam mit den Herrschenden in Transjordanien, dem Irak und Saudi-Arabien arbeiteten sie jetzt an der Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung. Das Scheitern dieses Aufstandes ist aber nicht unbedingt auf den Verrat der bourgeoisen und feudalen Führung zurückzuführen, sondern vielmehr auf das Fehlen einer revolutionären Avantgarde, d.h. einer revolutionären Partei, welche die Praxis mit einer revolutionären Theorie erheilt, die Dialektik und die wahren Triebfedern des vor sich gehenden Klassenkampfes aufgedeckt hätte.

Diese hätte die Aufgabe übernehmen müssen, die Kräfte und die Klassen, die in der Krise zutage traten, sehr aufmerksam zu studieren, und daraus die Lehren zu ziehen, d.h. die Massen zu organisieren, deren Spontanität und assoziativen Denkweise abzubauen, und sie im revolutionären Kampf zu schulen, um auf diese Weise den politischen Schutt von jahrhundertealten Traditionen wegzuräumen. Jede Bewegung, die über das Stadium der Spontaneität und der Sektiererei hinaus zur Organisationsbildung gelangen will, braucht aber einen Vortrupp, einen harten Kern von ideologisch bewaffneten Organisatoren. Die Agitation eines solchen Vortrupps hätte sich aber auf keinen Fall ausschließlich auf Palästina beschränken dürfen, um von hier aus das Feuer der Revolution zu entfachen.

Die Widersprüche, die hätten ausgetragen werden müssen, um einen Lernprozess bei den Massen einleiten zu können, hingen vor allem von überregionalen Faktoren ab. Die gesamte Erfahrung des palästinensischen Aufstandes von 1936 bewies, daß eine Regionalisierung des Kampfes gegen die Zionisten, britischen Imperialisten und ihre Lakaien unmöglich war, denn während des Aufstandes und danach traten qualitative Veränderungen der Kräfteverhältnisse ein, die die weitere Entwicklung in Palästina entscheidend beeinflussten.

Im allgemeinen muß in den Ländern, die den Kampf für die nationale Unabhängigkeit, gegen die koloniale Aggression und das feudale Joch führen, eine einheitliche antiimperialistische, antifeudale Front der Arbeiter, der Bauern, der städtischen Kleinbourgeoisie geschaffen werden. Auf Palästina bezogen, hatte diese Theorie bis zum Aufstand von 1936 ihre volle Gültigkeit. Nachdem aber die Herrscher in Transjordanien, Saudi-Arabien, dem Irak usw. sich einschalteten, und sich auf die Seite der Kolonialherren stellten, nahm das Palästina-Problem neue Dimensionen an, die andere Taktiken und eine andere Praxis erforderten. Die Kräfteverhältnisse haben sich im Laufe der Entwicklung zugunsten der Konterrevolution verschoben.

Die arabische Sektion der kommunistischen Partei, Bund der nationalen Befreiungsbewegung, betrieb weiterhin eine sektiererische Politik, die durch die Unreife des palästinensischen Proletariats verständlich erscheinen mag. Denn solange die unterdrückten Klassen kein politisches Klassenbewußtsein besitzen, bleiben die sich subjektiv für den Vortrupp haltenden Intellektuellen oft sektiererisch. Um den Plänen der Kolonialherren und der Kollaboranten entgegenzutreten zu können, hätten der Bund der nationalen Befreiungsbewegung, die Unabhängigkeitspartei und andere avantgardistische Gruppen selbstverständlich enge Verbindungen mit den Massen anstreben müssen, d.h. sie hätten unbedingt hingehen müssen, wohin die Masse geht, und auf Schritt und Tritt bestrebt sein müssen, ihrem Bewußtsein die Richtung zur Revolution zu geben. Sie hätte jede einzelne Frage mit den allgemeinen Problemen der von ihren Arbeitsplätzen verdrängten Arbeiter und Bauern verknüpfen und die Organisationsfrage sich aus der revolutionären Theorie organisch entwickeln lassen müssen. Gleichzeitig hätten die sozialistischen und patriotischen Kräfte in den benachbarten arabischen Ländern einen gleichen Entwicklungsprozeß einleiten müssen.

Das Jahr 1948 bewies deutlich, wie notwendig ein solcher Prozeß war. Die überwiegende Kollaboration der arabisch-palästinensischen und gesamtarabischen bourgeoisen und feudalen Führung mit dem Zionismus, und dem britischen Imperialismus, die den palästinensischen Exodus herbeiführte, hätten die unterdrückten manipulierten arabisch-palästinensischen Bevölkerungsschichten auf keinen Fall mit der Regionalisierung des Kampfes bekämpfen können. In der ersten Phase des nationalen Kampfes, die 1948 mit der endgültigen Vertreibung der arabischen Arbeiter und Bauern endete, war eine Niederlage der bis dahin herrschenden Ideologie unvermeidlich. Zwar drangen sieben arabische "Armeen" in das Gebiet von Palästina ein: objektiv hatten sie aber nicht die Funktion, Palästina vor der Teilung und der Zionsierung zu bewahren, sondern lediglich die Zionsierung und Teilung zu begünstigen und die arabische Ohnmacht gegenüber der zionistischen Übermacht zu demonstrieren. Das Handeln der bourgeoisen und feudalen Führung war zweifelsohne klassenbedingt. Aber gerade dieses klassenbedingte Handeln der reaktionären Führung produzierte eine spontane Massenbewegung, die nationalistisch ausgenutzt wurde, und der Integrationsideologie der National- und Kleinbourgeoisie zum Opfer

fiel. Mit dem "Jahr der Katastrophe", wie 1948 vom arabischen Kleinbürgertum genannt wird, zeichnete sich die zweite Phase der nationalen Unabhängigkeitsbewegung ab.

Welche Kräfte, welche Klassen und welche Ideologie dominierten nach der ersten zionistischen Aggression und Expansion 1948? Welche Verschiebungen im Kräfteverhältnis fanden auf palästinensischer Ebene statt? Welche taktischen und strategischen Konsequenzen haben die kommunistischen Parteien im Nahen Osten aus der Krise gezogen? Welches dialektische Verhältnis entstand zwischen dem palästinensischen Problem und der arabischen Unabhängigkeitsbewegung?

Diese und andere Fragen sind entscheidend für die taktischen und strategischen Zielsetzungen einer sozialistischen Befreiungspartei. Eine wahrhaft marxistische Befreiungsorganisation kann die Geschichte nicht als zufälliges Produkt irgendwelcher unhistorischer Mechanismen verstehen, sondern als Produkt wechselseitiger Beziehungen widersprüchlicher Faktoren. Aus dem historisch Überlebten entsteht das historisch Berufene. Es stellt sich nun die Frage, ob die National- und Kleinbourgeoisie die historisch berufene zum Kampf gegen Feudalismus und Imperialismus nach der Niederlage 1948 war; oder ob es vielmehr an der Praxis der kommunistischen Parteien lag, daß die Aktualität der sozialistischen Revolution falsch eingeschätzt wurde. Sicherlich hatte die palästinensische und arabische Massenbewegung, die die Krise von 1948 herbeiführte vorrevolutionären Charakter. Sie brach spontan aus, demonstrierte die Unzufriedenheit der unterdrückten Klassen, blieb organisatorisch verlassen und geriet daher in die Hände der National- und Kleinbourgeoisie. Den kommunistischen Parteien erschien die Lage als aussichtslos.

Dazu kommt, daß die arabischen Kommunisten den Stalinismus falsch verstanden. Anstatt den Stalinismus als machtorientierte Ordnung aufzufassen, hielten sie seine Theorie für die absolute Wahrheit. Damit unterwarfen sie sich der bourgeoisen Ideologie. Organisatorisch verstanden sich die kommunistischen Parteien nicht als Bindeglied zwischen sozialistischer Theorie und revolutionärer Praxis. Es fragt sich natürlich, wie die Rolle der arabischen kommunistischen Parteien, theoretisch - und dementsprechend taktisch - zu bestimmen war, ob die bloße propagandistische Aufklärung der Massen seitens dieser Parteien ausreichte, um der spontanen Massenbewegung eine sich ständig steigende Politisierung zu verleihen, die dann in Aktionen überführt werden konnte, oder ob die Parteien direkte Initiative entwickeln sollten, um die Unzufriedenheit der Massen durch die Wahrnehmung ihrer unmittelbaren Interessen in einer Weise zu organisieren und deren aussichtslose Lage durch Steigerung der Aktion gegen die volksfeindlichen Kräfte, in ständiger Wechselwirkung von Partei und Masse zu überwinden. Weder das eine noch das andere konnten die kommunistischen Parteien tun, weil sie der fehlerhaften stalinistischen Politik nicht zuwiderhandeln konnten. Als die UdSSR der Teilung Palästinas zustimmte und ein Jahr danach, 1948, den israelischen Staat anerkannte, eilten die nahöstlichen

kommunistischen Parteien, den "Fehler" Stalins zu unterstützen. Zu ihrer völligen Unabhängigkeit von der in dieser Zeit israelfreundlichen Politik Stalins verfälschte diese scheinbar sozialistischen, in Wirklichkeit kleinbürgerlichen Parteien, den historischen Materialismus opportunistisch nach ihren Bedürfnissen und versuchten, die erste israelische Aggression zu vertuschen. Sie kapitulierte vor dem Bündnis der arabischen Bourgeoisie mit dem Imperialismus.* Eine leninistische Partei hätte aber die scheinbare Aussichtslosigkeit des Massenwiderstandes dialektisch im Rahmen der Machtverhältnisse interpretieren müssen, und aus der momentanen Niederlage den Kampf gegen die Klassenstrukturen der eigenen Gesellschaft und den Imperialismus bei den Massen einleiten müssen. Für den historischen Materialismus gibt es keine aussichtslosen Situationen, Gerade in den Augenblicken des scheinbaren Triumphes des Klassengegners kann er die verborgenen Widersprüche analysieren und aus ihnen die Strategie zur revolutionären Umwälzung entfalten. Die kommunistischen Parteien diffamierten stattdessen die spontan ausgebrochene Massenbewegung als ein Unheil und als Produkt einer imperialistischen Verschwörung. Dadurch drängten sie sich selbst in die Enge, isolierten sich von den Massen und räumten der National- und Kleinbourgeoisie das Feld. Einige Jahre später bekämpften die kommunistischen Parteien die arabische Einheit, die von den Massen als Antwort auf israelische und imperialistische Provokationen gefordert wurde.

Die National- und Kleinbourgeoisie spielte in den 50er und Anfang der 60er Jahren sicherlich eine progressive Rolle in dem Sinne, daß sie die "politische" und partiell die ökonomische Unabhängigkeit vorantrieb, das Bündnis zwischen den Feudalherren und der Großbourgeoisie in mehreren arabischen Staaten zerschlug und dadurch den unterdrückten Bevölkerungsschichten gewisse Zugeständnisse machte. Die Bemühungen der arabischen National- und Kleinbourgeoisie, die ökonomische Unabhängigkeit zu erlangen, scheiterten, und werden immer wieder scheitern, weil sich aus ihrer Stellung im System der kapitalistischen Weltwirtschaft immer wieder neue Anknüpfungspunkte für den ökonomischen Einfluß des Imperialismus ergeben. Die Interessen der arabischen National- und Kleinbourgeoisie und ihr Bestreben nach Profitmaximierung und Kapitalakkumulation im nationalen Rahmen kollidieren zweifellos mit den Interessen der imperialistischen Bourgeoisie. Ihr Handeln und ihre Politik trägt dennoch einen spezifischen Klassencharakter, sie zielt nämlich auf die Schaffung eines nationalen Marktes. Sie kann sich dabei von der Bourgeoisie spätkapitalistischer Gesellschaften nicht völlig isolieren, weil ihre weitere Existenz von der Wahrnehmung der Vermittlerrolle zwischen dem nationalen Binnenmarkt und dem internationalen kapitalistischen Markt abhängt. Die National- und Kleinbourgeoisie ist auch in den arabischen Staaten sehr begierig, reich zu werden und eine Konsumgesellschaft aufzubauen, die ihre Interessen befriedigt.

Charakteristisch für die National- und Kleinbourgeoisie der Dritten Welt ist ihre heuchlerische und demagogische Propaganda, die darauf gerichtet ist, durch eine nationalistische Integrationsideologie die Massen zu manipulieren und zu entrevolutionieren, um sich ungehindert auf deren Kosten zu bereichern.

Die arabische Klein- und Nationalbourgeoisie 1948-1967

Die arabische National- und Kleinbourgeoisie versuchte auch, sich an der palästinensischen Frage zu bereichern. Auf Kosten des palästinensischen Volkes etablierte sie scheinbar revolutionäre, objektiv allerdings bonapartistische Systeme und Ideologien, deren Widerstandskraft am 5. Juni 1967 zusammenbrach. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Krisen, die 1967 offen ausbrachen, ein Resultat der arabischen Integrationsideologien sind, die durch die Machtergreifung des in seiner Klassenbedingtheit demagogischen Kleinbürgertums entstanden. Scheinbar revolutionäre Losungen, wie etwa "Befreiung, Schritt für Schritt" und "Strategie der verbrannten Erde", die vor dem Juni-Krieg von den herrschenden kleinbourgeoisigen Apparaten propagiert wurden, verschwanden in den ersten Stunden der sich anbahnenden Krise. Nach der Niederlage suchte das arabische Kleinbürgertum die Ursachen im technischen Versagen. Die arabische Kleinbourgeoisie wird die Ursachen, d.h. die wirklichen Ursachen nicht finden, denn das würde bedeuten, daß sie sich historisch selbst aufgäbe. Die wichtigste Fehlerquelle bei der Einschätzung der Niederlage durch die Kleinbourgeoisie ist, daß man einfach undialektisch ihre Ursache diskutiert und eine genaue Prüfung der Verantwortlichkeiten unterläßt.

Das Problem liegt einfach im System, in der Ideologie und in der Praxis, der im Augenblick in den arabischen Ländern herrschenden Regimes. Für sie ist die Geschichte ihrer Niederlage eine Geschichte von Zufällen und persönlichem Versagen.

Für eine marxistische Geschichtsinterpretation hängt aber die Problematik der Besiegbarkeit oder Unbesiegbarkeit eines Systems, einer Macht, einer Klasse usw. von den objektiven Verhältnissen und Klassenbedingungen und keineswegs vom subjektiven Selbstverständnis ab. Es gibt keine Zufälligkeiten historischer Erscheinungen. Damit können die Niederlagen von 1936, 1948 und 1967 als die verschiedener Klassen und ihrer Ideologien interpretiert werden.

Hier kommen wir zu einem Punkt, wo sich die Frage stellt: Was tun? "Unsere Aufgabe ist es jetzt, die Kräfte der Klassen, die in der Krise zutage traten, sehr aufmerksam zu studieren, und daraus unsere Lehren zu ziehen. Denn die größte Bedeutung jeder Krise besteht darin, daß sie das Verborgene offenkundig macht, das Bedingte, Oberflächliche beiseite schiebt, den politischen Schutt wegräumt, die wahren Triebfedern des wirklich vor sich gehenden Klassenkampfes aufdeckt" ... (Lenin).

In der Sprache des "Verhältnisses von Theorie und Praxis"; "Avantgarde und Masse", wie sie von der demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas verstanden wird, bedeutet dies:

Die unbewußte Spontaneität der Massen verändern und die Bewußtwerdung beschleunigen: Wir haben zu zeigen versucht, wie der Volksaufstand 1936 daran scheiterte, daß die Volksmassen politisch nicht organisiert und geschult waren. Die politische Unbewußtheit, die

assoziative Denkweise und Spontaneität der Massen wurden auch entscheidend zur politischen und militärischen Niederlage von 1948 und 1967 bei. Gerade die Niederlage von 1967 bewies deutlich, daß die sozio-ökonomischen Verhältnisse, die sich in den arabischen Ländern im hierarchischen Aufbau ihrer regulären Armeen reproduzierten, die Arbeiter, Bauern und Soldaten am Kampf gegen die imperialistische Aggression hinderten. Die Theoretiker der arabischen Reaktion wollen die Niederlage aber durch die wissenschaftliche und technologische Überlegenheit Israels erklären. Daraus folgern sie, daß die unterentwickelten arabischen Länder unfähig seien, standhaft gegen die weltweite imperialistische Aggression zu kämpfen. Über die in den arabischen Ländern herrschenden Ideologien verlieren die Theoretiker der Bourgeoisie dagegen kein Wort.

Auch einige der Führer der palästinensischen Guerillabewegung drücken sich vorder Analyse der innerarabischen Verhältnisse, die zur Niederlage führten. Um die arabischen Regierungen kümmern sie sich wenig, denn ihre Stärke beziehen sie aus der Massenbewegung. "Die Massen bewegen sich immer richtig", heißt nun die Losung. In dieser Weise aus der spontanen Massenbewegung Kapital zu schlagen, bedeutet aber nichts anderes als deren Mystifizierung. Dialektisch gesehen, bewegt sich die Masse nicht automatisch auf revolutionärer Linie. Ihre Bewegung ist ein Produkt der politischen und ökonomischen Verhältnisse, die ihrerseits durch bestimmte Widersprüche gekennzeichnet sind.

Es genügt daher nicht, in der spontanen Massenbewegung nur das positive zu erkennen, sondern man muß auch deren Schwächen sehen. Die Kleinbourgeoisie kann aber das Negative nicht dialektisch erfassen und daraus die organisatorischen Konsequenzen ziehen. Daher betet die Kleinbourgeoisie jede spontane Massenbewegung sklavisch

an und nützt sie für die eigene Integrationsideologie. Eine wahrhaft marxistische Organisation geht dagegen von der Negation des Negativen aus; um den dialektischen Zusammenhang der historischen Entwicklung herzustellen, und die Widersprüchlichkeiten einer solchen Massenbewegung durch die Aktion organisatorisch zu lösen. In der Praxis setzt sich dann das Positive an der Massenbewegung durch. Erkenntnistheoretisch bedeutet das in Bezug auf die nach dem Juni-Krieg ausgebrochene arabische Massenbewegung, daß nur die marxistische Theorie fähig ist, festzustellen, daß die kleinbürgerlichen Ideologien der arabischen Führungsschichten historisch überholt sind, und daß jeder Versuch zur Wiederbelebung dieser Ideologien nur die Verhältnisse reproduzieren kann, die der israelischen Aggression nicht Einhalt gebieten konnten. Einen dritten Weg, bzw. eine dritte Ideologie gibt es nicht. Darum muß die palästinensische Guerillabewegung die Probleme, die eine spontane Massenbewegung mit sich bringt, organisatorisch in der Aktion überwinden und lösen. Die Anbetung der spontanen Massenbewegung verhindert jegliche Bewußtwerdung und Vorwärtswicklung der Revolution. Jede spontane Massenbewegung zeigt an sich eine revolutionäre Phase, von deren richtiger Einschätzung die Frage der Revolution abhängt. Sie muß so genutzt werden, daß die Massen in der Aktion eine qualitative Steigerung ihres Klassenbewußtseins erfahren.

Fortsetzung in Al Djabha Nr. 6

1. Klassenverhältnisse im palästinensischen Volk
2. Die Bündnispolitik der FPDLP
3. Organisatorische Modelle

Die V. arabische Gipfelkonferenz

In seiner Eröffnungsrede vor den arabischen Scheichs, Königen, Präsidenten und PLO-Gästen sagte der Gastgeber der arabischen Gipfelkonferenz in Rabat, seine Majestät König Hassan von Marokko: "Ich bin glücklich, die 5. Gipfelkonferenz der arabischen Könige und Präsidenten eröffnen zu dürfen. Diese unsere Gipfelkonferenz wird in die Geschichte der arabischen Brüderlichkeit eingehen, als ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Befreiung des verlorenen Landes unserer Brüder."

Seiner Majestät, dem König von Marokko, folgte der Generalsekretär der arabischen Liga, Hassuna, der die historische Bedeutung der Gipfelkonferenz rühmte. Danach forderte seine Majestät, der König von Marokko, die Anwesenden höflich auf, den Konferenzsaal zu verlassen, damit die Scheichs, Könige, Präsidenten und PLO-Gäste ungestört an die Arbeit gehen könnten. Bis zu diesem Zeitpunkt verlief die Konferenz ordnungsgemäß. Dann aber, um 17 Uhr des 21. Dezember 1969

begann das Ringen um das Geld aus Kuwait, Lybien und Saudi-Arabien. Die historische Aufgabe, von der König Hassan II. in seiner Eröffnungsrede gesprochen hatte, lag im Rangeln um Geld zur Stützung der Macht der herrschenden Klassen in den arabischen Ländern.

Bevor wir die Kräfteverhältnisse auf der Gipfelkonferenz analysieren, die Position der verschiedenen Widerstandsorganisationen dieser Konferenz gegenüber darlegen und die Funktion solcher Konferenzen entlarven, greifen wir in die Geschichte zurück, denn nur ein solcher Rückblick kann uns Klarheit über die trügerische Politik verschiedener arabischer Herrschaftsapparate verschaffen:

I. Ende 1963 verschärfte sich der Konflikt zwischen dem Baath-Regime in Syrien und dem israelischen Staat, der sich auf Kosten Syriens durch Annektion der entmilitarisierten Zone zu expandieren begann. Ein anderer Streitpunkt war die einseitige israelische Umleitung des Jordans. Die syrische Regierung trennte auf ein Bündnis der

"progressiven" Staaten, um den israelischen Provokationen Einhalt zu gebieten. Nasser, der damals an einer Versöhnung mit dem saudi-arabischen Herrscher und Unterstützer der Royalisten im Jemen interessiert war, setzte sich für eine Gipfelkonferenz ein. Dadurch hoffte er, die "radikalen" syrischen Forderungen einerseits und die saudi-arabische Aggression gegen die Republik im Jemen zu schwächen. Januar 1964 kam die erste arabische Gipfelkonferenz zustande, deren "wichtigste Ergebnisse waren:

1. Nasser versöhnte sich eine Zeitlang mit dem König von Saudi-Arabien, ohne jedoch die Republik in Jemen preiszugeben.
2. Die arabischen Oberhäupter einigten sich darauf, den Jordan von Libanon und Syrien aus umzuleiten. Zu diesem Zweck sollte ein Staudamm in Jordanien gebaut werden.
3. Die arabischen Oberhäupter einigten sich darauf, zum Schein eine palästinensische nationale Vertretung zu schaffen. Um die Illusionen der möglichen Befreiung Palästinas mit Hilfe der arabischen Staaten wachzuhalten, wurde die palästinensische Befreiungsorganisation PLO ins Leben gerufen. Die "progressiven" und reaktionären Staaten ernannten Ahmed Schukeiri zum PLO-Chef.
4. Die arabischen Oberhäupter beschlossen die Gründung eines militärischen Oberkommando der arabischen Streitkräfte.
5. Weiterhin beschlossen sie, solche Versöhnungs- und Gipfelkonferenzen jährlich einzuberufen.

II. Die 2. Gipfelkonferenz wurde im August 1964 einberufen. Als Ausdruck ihrer Solidarität mit dem palästinensischen Volk trafen sich die arabischen Staatsmänner im Palästina-Hotel in Alexandria. Die Beschlüsse der 1. Konferenz wurden bekräftigt. Darüber hinaus einigten sich die arabischen Könige und Präsidenten auf die Gründung der palästinensischen Befreiungsarmee PLA.

III. Die 3. Gipfelkonferenz wurde in Casablanca September 1965 einberufen. Die arabischen Staatsmänner bekräftigten ihre Entschlossenheit, den Jordanfluß umzuleiten. Sie fügten hinzu: Angesichts der militärischen Aggressionen Israels gegen Syrien muß die Umleitung des Flusses verlangsamt werden. Die arabischen Staatsmänner waren sich einig, daß sie Israel erst nach 4 Jahren besiegen können. Das Organ einer nahöstlichen KP erinnerte sich nach der 5. Gipfelkonferenz daran und schrieb: "Die Aggression Israels 1967 kam 2 Jahre zuvor." Diese Bemerkung war als Entschuldigung der Niederlage einiger arabischer Herrschaftsapparate gemeint.

IV. Die 4. arabische Gipfelkonferenz hätte 1966 in Algerien stattfinden sollen. Die innerarabischen Beziehungen, wie zwischen der VAR und Saudi-Arabien, wie zwischen Syrien und Jordanien, Syrien und Saudi-Arabien und Algerien und Marokko, verhinderten das Zustandekommen der Konferenz. Das Lager der reaktionären Kräfte und des Islam-Paktes forderte

die Einberufung der Konferenz, während die "progressiven" Staaten die Gipfelkonferenzen ein für alle Mal begraben wollten. In einer seiner Reden vor dem Juni-Krieg, erklärte Nasser, daß die VAR an einer Konferenz mit dem Lager des Islam-Paktes nicht interessiert sei. Einige Tage vor dem Juni-Krieg feierte die VAR den Besuch des jordanischen Königs, dessen Rundfunk und Presse bis zum 6. Juni 1967 nicht nur Syrien, sondern auch Ägypten mit den Mitteln der Propaganda vor den Gefahren des Kommunismus und der Abweichung vom Islam hüten wollten.

Zwei Monate nach der israelischen Aggression fand die vertagte 4. arabische Gipfelkonferenz statt. Im August 1967 einigten sich die arabischen Staatsoberhäupter darauf:

1. Die reichen arabischen Länder verpflichteten sich zur Unterstützung der besiegten Länder. 135 Mill. Pfund Sterling wurden ausgehandelt. Als Gegenleistung floß das für kurze Zeit von den arabischen Arbeitern kontrollierte Öl wieder in den Westen. Die ägyptische und saudi-arabische Propaganda taten sich besonders hervor, die Befreiung des arabischen Öls im Dienste der Krisenüberwindung und der Befreiung Palästinas zu preisen. Die saudi-arabischen, libyschen und kuweitischen Arbeiter, die sich dagegen wehrten, wurden mundtot gemacht, im Einvernehmen mit den Besiegten.
2. Die Jemen-Frage wurde zu Gunsten der reaktionären Royalisten gelöst. Ägypten mußte seine Armee abziehen, Sallal abdanken und die Anhänger des abgesetzten Imam durften Staatsämter bekleiden. Die Republik Jemen hat inzwischen die diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik wieder aufgenommen.
3. Die Teilnehmer der Gipfelkonferenz einigten sich auf die Nichtanerkennung des Staates Israel und die Akzeptierung der friedlichen Lösung im Sinne der UNO-Resolution vom 22.11.1967. Die UN-Regelung war den Konferenzteilnehmern längst vor deren Annahme durch den UN-Sicherheitsrat bekannt.

V. Die 5. arabische Gipfelkonferenz wurde nach langem Zögern einberufen. Einige arabische Staaten, insbesondere Saudi-Arabien und Marokko, versuchten, die arabische durch eine islamische Gipfelkonferenz zu ersetzen. Islamische NATO-, CENTO-, CIA- Staaten und andere trafen sich nach dem Brand der Al-Aksa-Moschee zur Restaurierung des längst ausgehöhlten Islam-Paktes. (siehe die Erklärung der FPDLP zur islamischen Gipfelkonferenz in ALDJABHA Nr.1)

Das Scheitern der islamischen Gipfelkonferenz und die Verschiebung der Kräfteverhältnisse in den arabischen Ländern zugunsten der nationalen Bewegung durch die Aufstände im Sudan und Libyen und die Machtübernahme des linken Flügels der nationalen Befreiungsfront in der Volksrepu-

blik Süd-Jemen zwang das reaktionäre Lager die arabische Gipfelkonferenz einberufen zu lassen, um nicht in den Augen der eigenen Massen als Außenseiter im arabisch-israelischen Konflikt zu erscheinen. Dazu kommt, daß dieses Lager angesichts der Krise zwischen Libanon und der palästinensischen Widerstandsbewegung die vorwärtstreibende Kraft der Partisanen durch ein Arrangement mit den bürgerlichen Staaten einzuschränken sucht, die die friedliche Regelung anstreben. Ein Bündnis zwischen den Regimen der National- und Klein-Bourgeoisie gegen die wachsende Kraft der arabischen Linken und Teilen der Widerstandsbewegung war der eigentliche Zweck der Konferenz von Rabat.

Die verschiedenen Organisationen der Widerstandsbewegung waren über die arabische Gipfelkonferenz in Rabat geteilter Meinung. Die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas FPDLP lehnte jede Teilnahme der PLO-Spitze ab und verurteilte die Gipfelkonferenz. Auf der Straße und in Massenversammlungen begann die Volksmiliz der FPDLP eine groß angelegte Aufklärungskampagne gegen die Politik der Klassenkooperation und gegen die demagogische Presse in vielen arabischen Ländern, die schon manipulativ von dem "historischen Ereignis" zu sprechen begann. Diese Kampagne begann das Politbüro der FPDLP mit einer Erklärung am 2. Dezember 1969. In einer Erklärung heißt es unter anderem: "Diejenigen, die sich z. Z. für die Politik der "arabischen Solidarität" und der offiziellen "arabischen Einheit" einsetzen, propagieren nichts anderes als ein Bündnis mit dem US-Imperialismus, der hinter Israel und seinen anderen Stützen in diesem Raum steht. Wenn die Eiferer für die offizielle "arabische Einheit" wirklich eine andere Politik auf der Gipfelkonferenz betreiben wollten, dann müßten sie erst das Feuer auf die amerikanischen Interessen, Agenten und Militärbasen in unserem Gebiet eröffnen. Solange die heuchlerischen Befürworter der arabischen Einheitsfront gegen Israel die demokratischen Freiheiten ihrer Völker unterdrücken, bleiben sie unfähig, die amerikanischen Bedingungen zu bekämpfen, und die arabische Reaktion zu entlarven."

Die PLO ließ sich dann doch durch Yasir Arafat auf der arabischen Gipfelkonferenz vertreten. Ein offizieller Al-Fateh-Sprecher sagte in einer Rede auf dem bürokratisch apolitizierenden Kongreß der palästinensischen Studentenvereinigung in Frankfurt am 17.1.1970, daß Yasir Arafat von der PLO damit beauftragt wurde:

1. Die ehrlichen Bestrebungen zur Bildung einer arabischen Einheitsfront zu unterstützen.
2. Sich in die inneren Streitigkeiten und Angelegenheiten der arabischen Staaten nicht einzumischen.
3. Die Intervention der arabischen Staaten in die Angelegenheiten der palästinensischen Revolution abzulehnen und diese Staaten zur Unter-

stützung der Revolution aufzufordern.

Der Al-Fateh-Redner bedauerte es vor den Konferenz-Delegierten in Frankfurt, daß die Palästina-Frage nicht auf der Tagesordnung der Gipfelkonferenz gestanden habe. Er betonte aber, die Gipfelkonferenz habe der PLO 4 Mill. Pfund Sterling zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung zugesichert. Weitere Unterstützung der Revolution sei, so der Al-Fateh-Redner, von bilateralen Gesprächen zwischen der PLO und den arabischen Regierungen abhängig. Die publizistische Verwertung des Auftretens Arafats, der vor allem in der Presse der reaktionären Maghreb-Staaten trotz des mageren Erfolges als der eigentliche Sieger der Konferenz angesehen wurde, zeigt, daß das eigentliche Ziel der PLO-Beteiligung war, heute schon die PLO-Spitze als palästinensische Staatsführung von allen arabischen Staaten anerkennen zu lassen.

Die Position der baathistischen Widerstandsorganisation Al Saikah deckt sich mit der der syrischen Regierung, die sich auf der Gipfelkonferenz durch einen Minister vertreten ließ. Die syrische Regierung, die nach dem Juni-Krieg 1967 die arabischen Gipfelkonferenzen boykottierte, wurde offensichtlich durch den rechten Flügel der in Syrien herrschenden Baath-Partei zur Teilnahme gedrängt. Al Saikah, die dem progressiveren Flügel der Baath-Partei nahesteht und von ihm weitgehend unterstützt wird, war weder für noch gegen die Teilnahme der PLO an der arabischen Gipfelkonferenz. Nach dem Scheitern der arabischen Gipfelkonferenz haben die syrische Baath-Partei und deren palästinensische Sektion Al Saikah eine kritische Position eingenommen, die der Position der FPDLP nahekommt.

Wie war aber die Reaktion der verschiedenen arabischen Staaten auf das Scheitern dieser Konferenz: Der eigentliche Grund des Scheiterns war, daß trotz des Wunsches, sich zu vereinigen, die Staatschefs nicht darauf verzichten wollten, sich gegenseitig zu übertölpeln, natürlich immer unter Wahrung der Einheitsfassade. Daher versuchten die Staaten des reaktionären Lagers, die auf der Gipfelkonferenz offensichtlich gewordenen Differenzen mit dem reformistisch-kleinbürgerlichen Lager zu vertuschen. So erklärte König Hussein: "Obwohl die arabische Gipfelkonferenz kein Schlußkommunique veröffentlichte, kann man nicht behaupten, daß sich die Konferenzteilnehmer nicht einig waren, oder den uns gestellten schwierigen Aufgaben nicht gerecht geworden wären." Die marokkanische Regierung nutzte die arabische und zuvor die islamische Gipfelkonferenz zum Ausbau des despotischen Herrschaftapparates aus.

Vor allem die Staaten, die wie Saudi-Arabien und Algerien weit vom palästinensischen Schuß sitzen, hatten die Konferenz unter möglichst kriegerische Aspekte gestellt. Feisal von Saudi-Arabien hatte zur Bedingung gemacht, daß über die "friedliche Lösung", die vor allem die VAR anstrebt, garnicht erst disku-

tiert und, sondern nur über den Heiligen Krieg. Da er aber gleichzeitig Nasser und Hussein jede Erhöhung der Zuschüsse verweigerte, befanden sich diese in einer engen Klemme. Zwar ist Nassers Machtposition durch die libysche und sudanesischere Regierung gestärkt, das hatte aber nur dazu ausgereicht, die Konferenz einzuberufen. In Rabat selber durfte er nicht über die friedliche Lösung sprechen und stand zugleich als einer da, der den Krieg nicht organisieren kann. Die reaktionären arabischen Länder erreichten damit ihr Konferenzziel, einerseits gegenüber den Massen in ihren Ländern als Verteidiger einer militanten anti-israelischen arabischen Einheitsfront zu gelten, andererseits die Position der nasseristischen Nationalisten zu schwächen. Hassanin Haikal, der politische Berater Nassers und Chef aller demagogischen Opportunisten der arabischen Welt will nachträglich von mehreren Botschaften des US-Außenministers an arabische Regierungen (gemeint ist Saudi-Arabien u.a.) gewußt haben, worin diese Regierungen aufgefordert wurden, die Verabschiedung politisch-wirksamer anti-amerikanischer Resolutionen zu verhindern. Haikal stellte solche Vermutung nicht an, weil Saudi-Arabien etwa eine anti-palästinensische und pro-amerikanische Politik betreibt, sondern weil für Ägypten aus Saudi-Arabien und den anderen ölreichen Ländern nicht mehr als die schon vereinbarten zusätzlichen 35 Mill. Pfund Sterling zur Unterstützung der besiegten Staaten herauszuziehen war. Hätte Feisal mehr bezahlt, so bräuchte der Nasserberater keine Vermutungen über geheime Botschaften anzustellen. Die "arabische Brüderlichkeit" und das Gerede von einer "ruhmreichen historischen Gipfelkonferenz" wären sicher in aller ägyptischen und sonstigen Demagogemunde. Im übrigen braucht man die anti-palästinensische und volksfeindliche Politik Saudi-Arabiens nicht erst auf der arabischen Gipfelkonferenz zu suchen.

Die reformistischen kleinbürgerlichen Staaten versuchten den arabischen Massen das Scheitern der Gipfelkonferenz so zu erklären, daß andere arabische Staaten für die Befreiung der besetzten Gebiete keine Opfer aufzubringen bereit sind. Man redete nicht mehr von einer arabischen Gipfelkonferenz, sondern von dem "was in Rabat stattfand", als stritten sich die unterdrückten arabischen Völker darüber. Der Chefredakteur von Al Ahram und politische Berater Nassers lehrte die unterdrückten arabischen Massen 2 Wochen lang, was man "in der Sprache der Wissenschaft und Modernität" für Gipfelkonferenz halten darf. Er entfachte über Presse, Rundfunk und Fernsehen eine Kampagne zur trügerischen Aufklärung der Massen über Wissenschaft, Modernität und die Sprache der Diplomatie. Kernpunkte seiner Aufklärung sind:

1. Die Oberhäupter von 14 arabischen Staaten haben sich zu einer Tasse Kaffee bei einem Plauderstündchen zusammengefunden. Danach ist jeder seiner Wege gegangen. Also es war keine Gipfelkonferenz, sondern vielmehr ein zufälliges Treffen.
2. Die arabischen Völker, die das nicht verstehen und mehr erwarteten, sind dumm. Sie sind wie diejenigen, so Haikal, die die Elektrizität erfinden wollen, obwohl die ganze Welt elektrifiziert ist, oder wie diejenigen,

die das Auto entdecken wollen,, obwohl so viele motorisiert sind. (s. Al Ahram...4.1.1970)

Das bedeutet nichts anderes, als daß dieser Agent der ägyptischen herrschenden Klasse den Massen die Unfähigkeit und das mangelnde Interesse seiner eigenen Klasse für einen langandauernden anti-imperialistischen Kampf anlastet. Er wird sich noch wundern, wenn die Massen entdecken, was in Wirklichkeit hinter dem diplomatischen Versagen seiner Clique steckt. Die größte Chance zur Überwindung der kleinbürgerlichen Demagogie liegt in der Entwicklung der palästinensischen Widerstandsbewegung zu einer revolutionären arabischen Befreiungsbewegung, die die Nichteinmischungsdoktrinen zur rechten Zeit umzustößeln vermag.

Das Scheitern der arabischen Gipfelkonferenz in Rabat leitete eine neue Entwicklung in der Geschichte der offiziellen arabischen Gipfelkonferenzen ein. Die Rivalitäten zwischen den besiegten und den zahlungsunwilligen Staaten bestimmten den Verlauf der Konferenz in Rabat. Das 1967 geschwächte nationalistische Lager ist seit der 4. arabischen Gipfelkonferenz in Khartum 1967 durch die Aufstände im Sudan, Libyen und durch die Machtübernahme des linken Flügels der nationalen Befreiungsfront in der Volksrepublik Süd-Jemen stärker geworden. Insbesondere der libysche Offizier Al-Qathafi scheint eine "wichtige" Rolle auf der Gipfelkonferenz in Rabat gespielt zu haben. Der junge nasseristische Offizier aus Libyen wurde, entgegen den Erwartungen etwa der PLO, von der ägyptischen und übrigen Presse zum eigentlichen Star der Konferenz von Rabat deklariert.

Nach Rabat hat eine intensive Zusammenarbeit zwischen der VAR, Libyen und dem Sudan begonnen. Der Bruch zwischen den nationalistischen Regimen und den vom Imperialismus unmittelbar abhängigen Ölmonarchien ist wieder offensichtlich geworden. In "kleinen Gipfelkonferenzen" versuchen die Staaten unter der Herrschaft der National- und Kleinbourgeoisie sich von ihrer finanziellen Abhängigkeit von den reaktionären Ölländern zu lösen und sich in der Entwicklung einer politischen Strategie gegenseitig zu decken. Für die VAR ist die einzig mögliche Strategie gegenüber Israel die "der friedlichen Lösung". Israels Militärterror über den Suezkanal treibt sie täglich mehr in diese Richtung. Saudi-Arabien und Kuwait versuchen die "friedliche Lösung" zu verhindern, weil sie langfristig die nationalistischen Regimes stärken würde. Sie treiben zur Wiederholung des Krieges 67, der sie wenig kosten würde, aber sehr schnell zum Sturz, der dem US-Kapital nicht hörigen Nationalisten führen könnte. Schon die Niederlage 1967 hätte beinahe den proimperialistischen Zacharia Mohyen Al Din an die Macht gebracht. Auch die palästinensische Widerstandsbewegung bekämpft die "friedliche Lösung", allerdings im Gegensatz zu Saudi-Arabien um die Macht des Imperialismus, dessen bester Garant die Existenz des Staates Israel ist, zu brechen. Die "friedliche Lösung" wird Nasser gegen die palästinensische Widerstandsbewegung durchsetzen müssen. Das Mittel, dessen er sich dabei bedienen will, zeigt sich heute schon klar: es ist die Spaltung der Widerstandsbewegung.

FPDLP - ISRA CA - Resolution

Resolutionsvorschlag für die Konferenz der
Generalunion Palästinensischer Studenten vom 17.1.
1970 vorgelegt von Vertretern der FPDLP und des
Israelischen Revolutionskomitees im Ausland (ISRA CA)
in der BRD. Die Leitung des politischen Ausschusses
lehnte die Behandlung dieses Resolutionsvorschlags ab.

Die palästinensische Widerstandsbewegung befindet sich in einer neuen Situation, die es erforderlich macht, ihre strategische Position gegenüber den Verhältnissen in den arabischen Ländern deutlich zu formulieren, d.h. sowohl gegenüber den Kräften des Imperialismus, Zionismus und der arabischen Reaktion, als auch gegenüber den progressiven jüdischen und arabischen Kräften. Sie muß die Rolle sowohl der Kräfte einschätzen, die das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes anerkennen als auch derjenigen, die ihm dieses Recht verweigern, klarlegen.

Die Generalunion der palästinensischen Studenten in der BRD, Westberlin und Österreich geht von der Notwendigkeit einer demokratischen Lösung der Palästina- und Israelfrage aus und beschliesst:

- I. Ablehnung aller chauvinistischen, imperialistischen und reaktionären zionistischen Lösungen, die auf Anerkennung des zionistischen Staates hinauslaufen und dem palästinensischen Volk das Selbstbestimmungsrecht absprechen, weil solche Lösungen nur die Festigung des rassistischen und kapitalistischen Staates zur Folge haben.
- II. Ablehnung aller chauvinistischen arabischen und palästinensischen Lösungen, die auf die Vertreibung der Juden aus Palästina abzielt und die Verurteilung jeder anti-jüdischen Propaganda.

III. Für die demokratische Lösung der Palästina- und Israelfrage und die Errichtung eines volksdemokratischen Staates zu kämpfen, der gegen jegliche Form der nationalen und Klassenunterdrückung gerichtet ist. In einem solchen volksdemokratischen Staat haben sowohl die Araber als auch die Juden die gleichen politischen Rechte beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

Nur eine solche Lösung ist imstande, der Verbundenheit Palästinas mit dem Imperialismus ein Ende zu setzen und Palästina in eine revolutionäre und progressive Bastion zur Unterstützung der revolutionären Befreiungsbewegung in den arabischen Ländern und der "Dritten Welt" zu verwandeln.

- IV. Der volksdemokratische, jüdisch-arabische-palästinensische Staat kann nur durch den revolutionären Volkskrieg aufgebaut werden. Dies setzt einen langjährigen solidarischen Kampf aller progressiven Araber und Juden gegen den Imperialismus, Zionismus und die arabische Reaktion voraus. Die sozialistischen antizionistischen Kräfte in Israel werden deshalb aufgefordert, mit uns den Kampf weiterzuführen, um diesen volksdemokratischen palästinensischen Staat aufzubauen.

ROTES FORUM 1/70

ORGAN DES SDS HEIDELBERG

Bestellungen an:
Buchhandlung Burkhard
69 Heidelberg
Schiffgasse 6

Bestellungen von:
ROTE KOMMENTARE - Betriebszeitung des SDS Heidelberg
INFO für die Heidelberger Studenten
PRAWDA - Info der Nat-math-Institutgruppe
uvam
ebenfalls an J. Burkhard

Aus dem Inhalt

Karl Friedrich Hauber
Imperialismus und Klassenkampf in Nordirland

Jean-Pierre Viennot

Der Kampf der marxistisch-leninistischen Befreiungsfront in Dhofar

Juscha Schmierer

Kritische Theorie und Studentenbewegung

Die israelische Besatzungspolitik

"Ich war gestern im Ostende von London (Arbeiterviertel) und besuchte eine Arbeitslosenversammlung. Und als ich nach den dort gehörten wilden Reden, die nur ein Schrei nach Brot waren, nach Hause ging, da war ich von der Wichtigkeit des Imperialismus mehr denn je überzeugt ... Meine große Idee ist die Lösung des sozialen Problems, d.h. um die vierzig Millionen Einwohner des Vereinigten Königreichs vor einem mörderischen Bürgerkrieg zu schützen, müssen wir Kolonialpolitiker neue Ländereien erschließen, um den Überschuss der Bevölkerung aufzunehmen, und neue Absatzgebiete schaffen für die Waren, die sie in ihren Fabriken und Minen erzeugen. Das Empire, das habe ich stets gesagt, ist eine Magenfrage. Wenn sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen sie Imperialisten werden." (Cecil Rhodes, zit. nach W.I. Lenin, Der Imperialismus..., ausgew. Werke I, S. 830).

Nach dem Junikrieg 1967 wurde der israelische Kriegsminister Dajan gefragt, ob der Juni-Krieg nicht vermeidbar gewesen wäre. Dajan bejahte die Frage. Der Rausch des Sieges verleitete den israelischen Kriegsminister zu erklären, daß Israel die günstige Gelegenheit zur Überwindung der israelischen Krise wahrnehmen mußte. Für die israelischen Kolonialisten war die Aggression ein Mittel zur Lösung systemimmanenter Widersprüche, die sich in Arbeitslosigkeit, defizitärer Handelsbilanz, Streiks etc. ausdrückten. Diese systemimmanenten Schwierigkeiten zeigten sich vor dem Juni-Krieg in der hohen Auswanderungszahl und im rapiden Herabsinken der Einwanderungsquote, die auf die wirtschaftliche Krise und die daraus resultierenden Streiks, Massentlassungen und Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. 1964 streikten 34.000, 1965 über 93.000 Arbeiter. 1966 wurden diese Zahlen noch weit überschritten. Hinzu kommt, daß es im Jahre 1966 100.000 und in der ersten Hälfte des nächsten Jahres ca. 150.000 Arbeitslose gab, und daß der israelische Staat im Jahre 1966/67 Schulden in Höhe von über 800 Mio. israelische Lira, d.h. 17,6% des israelischen Staatsbudgets, entrichten mußte.

Das israelische Kriegskabinet wurde vor die Alternative gestellt: entweder gegen die eigenen unzufriedenen und sich in den Streiks organisierenden Arbeiter zu kämpfen, oder die Krise der israelischen Wirtschaft durch Aggression und Erschließung arabischer Absatzgebiete zu lösen

Die erste Alternative stand aber im Widerspruch zu der vom Zionismus jahrelang propagierten Ideologie der Klassenkooperation. Die zionistische Ideologie, auch die der "linken" Zionisten und Nachfolger Ber Borochovs unterdrückte den Klassenkampf in einer "noch nicht vollendeten jüdischen Klassengesellschaft." Die Mapam-Partei und die anderen zionistischen "Arbeiter"-Parteien verbündeten sich mit den religiösen Parteien und mit der rechtsradikalen Herut-Partei in einer der üblichen nationalistischen Kriegsfronten zur Lösung der israelischen "Magenfrage" durch die Aggression. Die Herrschenden in Israel wollten den "Frieden" mit den arabischen Regierungen durch

die Aggression erzwingen. Den "Frieden" durch die Aggression und Okkupation propagieren nicht nur die Herrschenden in Israel, sondern auch das Spaltungsprodukt der Mapam-Partei "Siach" und die Renegatenclique der Herren Sneh-Mikonis, eine prozionistische Abspaltung der israelischen KP. Deren Vertreter in Europa trafen sich vor kurzem in Basel, also an der Stätte der ersten zionistischen Konferenz unter ihrem verstorbenen Führer Herzl. Durch trügerische linke Propaganda versuchen die Renegaten der Sneh-Mikonis-Clique und die Nachfolger Ber Borochovs in der "Siach" die zionistische Aggressions- und Besatzungspolitik zu liberalisieren. Die schmeichlerische Haltung des "Siach" gegenüber der palästinensischen Linken ist heuchlerisch. Darüberhinaus entlarvt sich das Spaltungsprodukt der Mapam, "Siach" durch dessen Diffamierungskampagne gegen die Israelische Sozialistische Organisation Matzpen und gegen die Rakah-Partei, als Werkzeug in den Händen der israelischen Aggressoren und Besatzer.

Die zionistischen Pseudolinken wollen nicht begreifen, daß die israelische Aggression gegen die arabischen Völker 1967 eine Folge der immanenten Widersprüche der israelischen Gesellschaft war. Diese Aggression schien den Herrschenden in Israel das beste Mittel zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen israelischen Schwierigkeiten und zur Schaffung von Absatzgebieten für die israelische Wirtschaft. Die folgenden Statistiken zeigen, wie sich die israelische Produktion und die israelischen Exporte infolge der Aggression steigerten. Nach Angaben des Zentrums für Industrielle Planung hat die private Industrie in der Zeit zwischen Juli 1967 und Juni 1968 über 650 Mio. Lira an Gewinnen machen können. Al HaMishmar berichtete am 10.9.1968, daß solche Profite vor 1967 niemals realisiert werden konnten. Darüberhinaus erzielte das israelische und sonstige Finanzkapital nach der Aggression die höchsten Gewinne in der Geschichte des Staates Israel. Die Discount-Bank steigerte ihre Profite 1968 um 40%, d.h. 15 Mio. Lira, die Versicherungsgesellschaft Eli-aho um 100 % und die Amerikanisch-Israelische Investitionsgesellschaft um 25 %, d.h. 7 Mio. Lira. Im Allgemeinen steigerten sich die nationale Produktion 1968 um 14 % und die Investitionen um 45 %.

Dieser Zuwachs war eine Folge der Militarisierung verschiedener Industriezweige, der Unterstützung der zionistischen Organisationen in Westeuropa und den USA und nicht zuletzt der für die israelische Wirtschaft vorteilhaften Handelsbilanz mit den besetzten Gebieten. Die israelischen Exporte in die besetzten arabischen Gebiete betragen 1968 über 224 Mio. Lira, d.h. zweimal soviel wie die israelischen Exporte nach Afrika im gleichen Jahr. Davon exportierte Israel nach Westjordanien Waren im Wert von 164 Mio. Lira, nach Nord-Sinai und dem Gazastreifen im Wert von 60 Mio. Lira. 70 % dieser Exporte waren Industriegüter. Die israelischen Importe betragen etwa 54 Mio. Lira aus Westjordanien und 11,2 Mio. Lira aus dem Gazastreifen.

Aus dem für die besetzten arabischen Gebiete von der israelischen Besatzungsmacht genehmigten Haushalt kann man den kolonialistischen Charakter der israelischen Politik ablesen. Während der israelische Staatshaushalt 1969/70 über 8 Mia. betrug, beläuft sich der Haushalt für Jordanien auf 90 Mio. Lira (im Jahre 1968/69 86 Mio. Lira), für den Gazastreifen und Nord-Sinai auf 53 Mio. Lira (1968/69 43 Mio.) und für die besetzten syrischen Gholan-Höhen auf 9 Mio. Lira (1968/69 auf 6 Mio.). Der von der israelischen Besatzungsmacht für die 900 000 Einwohner in den besetzten Gebieten genehmigte Haushalt ist geringer als das Budget des israelischen Agrarministeriums.

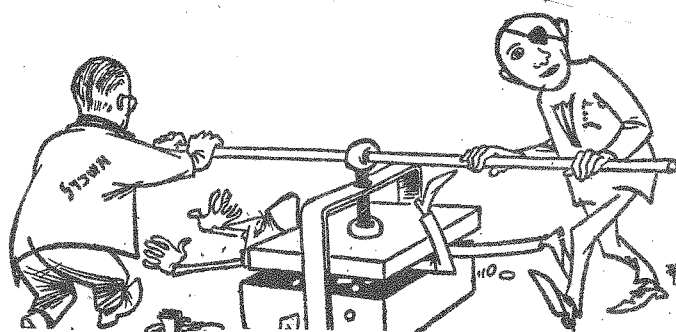
Dazu kommt, dass zugleich mit der Militarisierung der israelischen Wirtschaft und Gesellschaft israelische durch billige arabische Arbeitskräfte ersetzt werden. Etwa 13 Tausend arabische Arbeiter aus Westjordanien und 4 500 aus dem Gazastreifen sind unter den Bedingungen der Besatzung in der israelischen Wirtschaft tätig. Diese und andere Arbeiter sind den ständigen Provokationen und Repressionen durch die israelische Polizei ausgesetzt. Sie und die andere unter israelischer Besatzung lebende Bevölkerung sind tagtäglich der Kollektivbestrafung ausgesetzt. Je heftiger der Widerstand der arabischen Bevölkerung gegen die Aggressoren und Besatzer ist, desto brutaler reagiert der israelische Staatsapparat. Die Opfer des deutschen SS-Staates schrecken nicht vor der Politik der Kollektivbestrafung zurück, die sich in der Sprengung von Häusern, Wohnvierteln und Zerstörung ganzer arabischer Dörfer äußert. Über das Ausmass solcher Zerstörung wurde im Westen erstmals am 28.10.69 in der Londoner Times berichtet. Die folgende Statistik, die im Organ der Rakah-Partei Al Ittihad vom 2.12.69 veröffentlicht wurde, zeigt diesen Aspekt der israelischen Besatzungspolitik:

| Ort | gesprengte Häuser bis 15.11.69 |
|-------------------|--------------------------------|
| Jerusalem | 342 |
| Latrun-Bezirk | 2 500 |
| Nablus-Bezirk | 3 719 |
| Hebron-Bezirk | 519 |
| Gazastreifen | 353 |
| Ramallah- Al Bira | 44 |
| Betlehem | 78 |
| Insgesamt | 7 555 |

Darüberhinaus berichtete der syrische Delegierte bei den Vereinten Nationen am 4.10.69, dass die israelischen Besatzer bis Juli 1968 17 syrische Dörfer auf den Gholan-Höhen zerstört und deren Bewohner vertrieben haben. 80 % der besetzten syrischen Stadt Al Kuneitra sind verwüstet worden. Selbst die zionistischen Zeitungen können die Zerstörungen ihrer Regierung nicht verbergen. Am 13.4.69 brachte die Jerusalem Post die Nachricht von der Zerstörung der 4 syrischen Dörfer auf den Gholan-Höhen, Abu Zeitung, Tel Al-Saqi, Al Razaneyeh und Khan Al-Djochdar.

Wohin führt aber die israelische Besatzungspolitik?

Die israelischen Aggressoren und Besatzer hofften die wirtschaftliche Stagnation durch den Krieg überwinden zu können. Der Zuwachs der nationalen Produktion, die Unter-



stützung der zionistischen Organisationen und die positive Handelsbilanz mit den besetzten arabischen Absatzgebieten können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die sich ständig steigende Militarisierung der israelischen Wirtschaft die Gefahren eines Zusammenbruchs für Israel beschleunigt. Die palästinensische Widerstandsbewegung trägt hierzu entscheidend bei. Sie zwingt die Herrschenden in Israel zu kostspieligen Rüstungsaufwendungen die die wirtschaftliche Entwicklung Israels entscheidend negativ beeinflussen.

Es ist sicher richtig, dass die Militarisierung der Wirtschaft zunächst eine wirtschaftliche Blüte mitschlingt. Über 10 Mio. Lira täglich für die Aufrüstung aufbringen zu müssen, wie Dajan in der Jerusalem Post am 22.10.69 erklärte, bedeutet aber nichts anderes, als die nächste wirtschaftliche Krise vorzubereiten.

Die Anzeichen dieser Krise zeigen sich schon:

Zum ersten Mal sind die wirtschaftlichen Beziehungen Israels mit den USA defizitär. Die israelischen Exporte in die USA, der Dollarzufluss nach Israel, die Spenden der zionistischen amerikanischen Organisationen und der Verkauf von israelischen Staatsaktien auf dem amerikanischen Markt... etc. können die Importe aus den USA nicht decken.

Während die israelischen Devisenreserven 1967 über 713 Mio. Dollar betragen, sanken sie Ende 1969 und Anfang 1970 auf 400 Mio. Dollar. Der von der israelischen Regierung festgesetzte Mindestreservensatz der Devisen liegt bei 500 Mio. Dollar. Der Devisenvorrat ist somit um 100 Mio. Dollar unter den Gefahrpunkt gesunken.

Die Staatsschulden bei der Bank of Israel werden 1970 etwa 1,8 Mia. Lira erreichen (Jerusalem Post, 29.9.69). Das Defizit der israelischen Handelsbilanz wird 1970 3,5 Mia. Lira im Vergleich zu 3,15 Mia. 1968 erreichen.

Die Devisenschulden Israels steigen von 1,6 Mia. Lira 1967 auf 2,1 Mia. 1969. Der israelische Finanzminister Benhas Sapir glaubt einen Teil durch 750 Mio. Lira an Steuererhöhungen und 500 Mio. Lira an Erhöhung der Mindestquote der nationalen Versicherung begleichen zu können.

Die Kaufkraft der israelischen Lira ist nach der Juniaggression gesunken. Während 0,248 Lira 1948 1 Dollar wert waren, haben heute drei israelische Lira die Kaufkraft eines Dollars.

Die israelischen Aggressoren haben durch den Junikrieg mehr heruntergeschluckt, als sie verdauen können. Die Magenfrage kann offensichtlich im Zeitalter des revolutionären bewaffneten Volkskrieges nicht mit der Politik des Cecil Rhodes gelöst werden.

Erster internationaler Kongress der "Palästinakomitees"

Vom 27. - 28. Dezember 1969 fand der erste internationale Solidaritätskongress für das palästinensische Volk in Algier statt. Der Kongress wurde nicht von Seiten der El Fath einberufen, sondern von einem obskuren offiziellen Palästinakomitee des algerischen Staates, das sich zwei Wochen vor Beginn der Veranstaltung gegründet hatte. Gleich zu Beginn liess sich ein Kampf um die "Präsidentenstühle" in den verschiedenen Kommissionen zwischen den Algeriern und Fathgenossen feststellen, der mit einem Sieg der Fath endete. Sie konnte nun autonom die weitere Entwicklung des Kongresses bestimmen.

Was veranlasste den algerischen Staat zur Veranstaltung dieses Kongresses?

Für die Algerier bedeutet dieser Kongress eine Aufwertung der Staatspartei, der FNL. Eine Analyse des algerischen Staates ist deswegen von großem Interesse, weil es sich hier um eine Nation handelt, die aus dem revolutionären Volkskrieg entstand, aber nicht in der Lage war, nach der Vernichtung des Kolonialismus eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Der abgesetzte "Volkstribun" Ben Bella wies 1965 auf die Ursachen einer solchen Entwicklung hin: "Die algerische Revolution war eine Revolution ohne Ideologie, ein Manko, das zu Zeiten des Volkskrieges zu einer mächtigen Einheit gegen die Kolonialmacht führte, aber seit Beginn des Friedens eine gefährliche Lücke hinterliess". (1)

Sieben Jahre nach der Unabhängigkeit sieht das gesamtgesellschaftliche Gefüge Algerien nicht gerade progressiv aus. Vor allem aber scheint die zukünftige Entwicklung auf den Sozialismus hin durch die neuen Machthaber, einer technokratischen Bürokratenbourgeoisie, verschüttet. Ein Drittel der Bevölkerung ist ohne Arbeitsplatz, ein weiteres Drittel nur teilbeschäftigt. Andererseits hat Algerien einen aussergewöhnlich hohen Bevölkerungszuwachs, der jährlich die 3 %-Grenze überschreitet. Z. Z. sind von den 12,5 Millionen Einwohnern 57 % jünger als 20 Jahre. Boumedienne hat sich zwar mit einem marxistischen Argument gegen die Geburtenkontrolle ausgesprochen, es handele sich um eine falsche Lösung der ökonomischen und sozialen Probleme des Landes. Doch weist er keinen Weg, wie diese Probleme adäquat im Interesse der Massen gelöst werden können. Die Emanzipation der Frau, die in den islamischen Ländern zu einem der wichtigsten Programmpunkte jeder revolutionären Bewegung gehört, ist nach einem kurzen revolutionären Aufschwung wieder regressiv. Am weitesten ist dem Regime noch der Vorstoss auf den Erziehungssektor gelungen. Ein Viertel des Staatshaushaltes wird immerhin der Ausbildung gewidmet.

Nach der Revolution besetzten die Industrie- und Landarbeiter, die von den französischen Colons verlassenen Fabriken und den Großgrundbesitz. Es bildeten sich spontan Selbstverwaltungseinheiten. 1963 liess Ben Bella diese

Einheiten durch die berühmt gewordenen "decrets de mars" institutionalisieren. Doch trat dieses Modell in krassen Widerspruch zur ökonomischen und sozialen Situation der Fellachen, die sich im traditionellen Sektor der Subsistenzwirtschaft kaum reproduzieren können, während die Arbeiter in den Selbstverwaltungssektoren ein relativ hohes Einkommen aufweisen. Was die Industrie betrifft, so beträgt dort die Anzahl der Arbeiter mit Selbstbestimmungsrecht nur einen sehr geringen Anteil: 15 000 vom gesamten Industrieproletariat (130 000). Jedoch sind diese progressiven Momente rapide rückläufig. Anstelle der Selbstverwaltungseinheiten tritt in zunehmendem Maße eine technokratische Bourgeoisie, die sich im Verwaltungsapparat, im Staat und der Wirtschaftsverwaltung herausbildet. Diese neue Klasse von Bürokraten und Technokraten sind die wahren Machthaber. Zwar hat man fast die gesamte Industrie und den Großgrundbesitz nationalisiert, doch werden sie in der Industrie fast ausschliesslich von der neuen Klasse verwaltet, die sich auf Kosten der Massen bereichert. Algeriens Wirtschafts- und Gesellschaftsform ist mit dem Begriff Staatskapitalismus charakterisiert. So kann auch der Neokolonialismus in zunehmendem Maße Fuß fassen, wobei die Abhängigkeit nur in sofern relativiert wird, dass der Staat versucht, die EWG, UdSSR und USA gegeneinander auszuspielen. (2)

Dieser Staat, der die Revolution verraten hat, braucht zu seiner Legitimation vor den Massen und vor der revolutionären Weltöffentlichkeit die Ideologie des antiimperialistischen Kampfes. Es ist zu Refugium vieler revolutionärer Propagandazentralen geworden, u. a. der FRELIMO, MPLA und in letzter Zeit auch der Black Panther Party mit Cleaver. In den Zeitungen und Illustrierten wird ausführlich über die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt berichtet. Der Vergleich erscheint uns nicht absurd: Was für die europäischen Massen der humane Liberalismus bedeutet, das bedeutet für Algerien der verbale Antiimperialismus. In diesem Zusammenhang ist auch die grossspurig und kostspielig angelegte Konferenz zu beurteilen.

Verlauf des Kongresses

Wir haben unseren Bericht mit einer kurzen Analyse Algeriens eingeleitet, weil wir glauben, dass in der Entwicklungsgeschichte dieser Nation eine Gefahr zum Ausdruck kommt, die jeder nationale Befreiungskrieg in sich birgt und die auch der El Fath drohen kann. Nachdem also die Fath alle "wichtigen Posten" der Konferenz besetzt hatte, entwickelte sie ihre Strategie: Einleitung eines großen Propagandafeldzuges für ihre Organisation. Träger dieser Propaganda sollten die einzelnen international vertretenen Palästinakomitees sein. Die unmittelbare Aufgabe des Kongresses bestand also im wesentlichen darin, die heterogenen Gruppen (ML-Fraktionen, Liu Schao Schi-Leute, Linkskatholiken, SDS-BV, Trotz-

kisten, u. a. m.) auf eine gemeinsame politische Plattform hin zu verpflichten. Es war also von vornherein ausgemacht, dass der Kongress als taktisches Moment mit dem Ziel der "Mobilisierung der Weltöffentlichkeit" keine detaillierte politische Diskussion zulassen sollte. Eine Beantwortung der Fragen, die uns zur Teilnahme veranlasst hatten, (El Fath und der Volkskrieg in den arabischen Ländern, Kooperation mit den revolutionären Kräften in Israel, Rolle der Sowjetunion, usw.) war nicht einmal in Peripheriegesprächen möglich. Konkrete Ergebnisse des Kongresses waren: Organisation einer internationalen Palästinawoche, Einrichtung eines Informationszentrums unter Leitung der Fath, Verabschiedung einer Resolution.

.....

Gerade die Frage ob die palästinensische Revolution eine nationale oder in ihrer Perspektive soziale Revolution ist, konnte in Algier nicht beantwortet werden. Mit Recht berief sich die Fath auf die Vorgänge im Libanon, die sie siegreich in der Auseinandersetzung mit einem reaktionären Marionettenregime hervorgehen ließen. (3) Andererseits war aber der Kongress am allerwenigsten dazu angetan, uns von der revolutionären Zielsetzung der Fath zu überzeugen; Vertreter der FPDLP waren nicht anwesend. Soweit wir mit Fath-Leuten diskutierten, verwiesen sie auf die Veranstaltung als tak-

tisches Moment an der ideologischen Front mit dem Ziel der Mobilisierung der Weltöffentlichkeit. Der Kongress mußte durch seinen unpolitischen Charakter einen schlechten Eindruck hinterlassen. Dem konnte auch nicht dadurch abgeholfen werden, dass die deutsche Delegation eine Deklaration einreichte, in der sie zum bewaffneten Kampf in allen arabischen Staaten aufrief. Sie spielte mehr die Rolle des Hofnarren unter der europäischen und amerikanischen Linken, als die des Wortführers einer sozialistischen Zielsetzung.

Wir sind zu Beginn auf die sozio-ökonomische Struktur Algeriens eingegangen, weil wir in dem Regime Bourmedienne eine Gefahr sehen, der eine anticolonialistische Revolution erliegen kann, wenn sie keine sozialistische Ideologie zum Ausgangspunkt des bewaffneten Kampfes macht. Wir haben diejenigen Führungskräfte zu unterstützen, die dem palästinensischen Volk in seinem heroischen Kampf gegen Imperialismus, Zionismus, arabische Reaktion und Kapitalismus eine sozialistische Perspektive eröffnen.

(1) Robert Merle: Ahmed Ben Bella, Gallimard 1965

(2) Fakten aus Claude Colin, Algerie VII Ans, Essai de Description in Les Temps Modernes, Nov. 69, Nr. 280

(3) zur Libanon Frage vgl. AL DJABHA Nr. 3/4

(Aus: ROTES BLATT MÜNCHEN, Nr. 1, 1970, gekürzt)

Die Streikbewegung in Jordanien

Die palästinensische Widerstandsbewegung stellt nicht nur für Israel eine Gefahr dar sondern auch für die in den arabischen Ländern herrschende Reaktion. Unter Führung der linken und progressiven Widerstandsorganisationen formiert sich in Jordanien eine Arbeiterbewegung, die den politischen mit dem ökonomischen Kampf zu verbinden beginnt

Die Arbeiter in Jordanien lassen sich heute von den trügerischen Losungen der Bourgeoisie weniger denn je hinreißen. Sie haben schon angefangen, sich zu organisieren, ihre Rechte zu erkämpfen und die ihnen vorbehalten gebliebene Gewerkschaftsgründung zu erzwingen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1969 streikten die Arbeiter der UNRWA, des Gerbereigewerbes und der Ölraffinerie und setzten ihre Forderungen durch. (s. den Streik der UNRWA-Arbeiter in Al-Djabha Nr. 2).

Die Arbeiter der jordanischen Zementwerke legten am 4.1.70 die Arbeit nieder und besetzten die Fabriken. Sie forderten bessere Löhne und die LIZENZ für eine Gewerkschaftsgründung, worauf die jordanischen Behörden Militär in den Zementwerken einsetzten. Darüber hinaus versuchten die jordanischen Behörden die streikenden Arbeiter zu spalten, indem sie die Arbeiter gegeneinander auszuspielen versuchten. Im Organ der FPDLP "Al-Sharareh" ("Der Funke") und in den Resolutionsentwürfen, die die FPDLP der palästinensischen National-

versammlung Anfang September 1969 vorlegte, ist mehrfach vor der willkürlichen Fixierung einiger starker Widerstandsorganisationen auf den palästinensischen Bevölkerungsteil Jordaniens gewarnt worden, weil eine solche Fixierung der offiziellen jordanischen Politik Vorschub leisten und die palästinensischen von den ostjordanischen Arbeitern spalten würde.

Der Streik der Zementwerker am 4.1.1970 hat die unabdingbare Verbundenheit der jordanischen Massen mit der palästinensischen Widerstandsbewegung eindeutig bestätigt. Die Demokratische Volksfront FPDLP, die ba'athistische Organisation Al-Saiqeh, die jordanische KP und die drei kleinen Widerstandsorganisationen solidarisierten sich als einzige mit den streikenden Arbeitern. Am 5. Januar 1970 gaben sie die folgende Erklärung: "Ende 1969 haben die Arbeiter der UNRWA, der Gerbereigesellschaft und der Ölraffinerie die Arbeit niedergelegt, um ihre gerechten Forderungen nach besseren Löhnen und nach der Gründung von Gewerkschaften durchzusetzen. Die Errungenschaften, die sie seit 1969 erzielten, provozierten die Finanzoligarchie und den jordanischen Herrschaftsapparat.

Als die Arbeiter der Zementwerke die Arbeit niedergelegten und die Zulassung ihrer verbotenen Gewerkschaft forderten, griff der Vorstand der Zementwerke zu repressiven Massnahmen und entliess den von den Arbeitern gewählten Sekretär des Konstituierungskomitees. Im Lau-

fe des 1.1.70 wurden andere Arbeiter... 11 Uhr marschierten die Arbeiter zum Innenministerium in Amman, das der Polizei und der Armee Schiessbefehl gab. Die streikenden Arbeiter versammelten sich vor dem Betrieb und diskutierten die weiteren Schritte. Sie beschlossen die Arbeit nicht aufzunehmen, bis die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt und ihre Forderungen erfüllt sind.

Am Nachmittag des 4.1.70 erschien der Innenminister vor den Arbeitern und forderte sie auf, die Arbeit aufzunehmen. Die Arbeiter lehnten die Forderungen des Ministers ab und trugen erneut ihre Forderungen vor. Der Innenminister und der Vorstand mussten nachgeben.

Am 5.1.70 besetzten bewaffnete Einheiten der Armee die Zementwerke und stellten die Arbeiter unter ihre Kontrolle. Der Sekretär des Komitees Ahmed Abu Hassan und drei weitere Arbeiter wurden verhaftet. Die Führer der staatlichen Gewerkschaften unternahmen nichts, um

den streikenden Arbeitern zu helfen.

Die Unterstützung der unter Militärkontrolle stehenden Arbeiter der Zementwerke ist nationale Pflicht. Jede andere Haltung schwächt nicht nur den Kampf der Arbeiterklasse, sondern auch die nationale Befreiungsbewegung; sie ist darüberhinaus eine indirekte Unterstützung des nationalen und Klassenfeindes..."

Die unterzeichnenden Organisationen riefen die jordanischen Massen auf, die Arbeiter der Zementwerke uneingeschränkt zu unterstützen. Darüberhinaus forderten sie die jordanischen Behörden auf:

1. die Inhaftierten Arbeiter freizulassen,
2. die Unterdrückungsmassnahmen gegen die Arbeiter einzustellen,
3. das Militär aus den Zementwerken abzuziehen und die Soldaten an die Front zu versetzen,
4. die gerechten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen.

ERKLÄRUNG DES SDS HEIDELBERG UND DES PALÄSTINAKOMITEE AACHEN, FRANKFURT, HEIDELBERG ZUM AUFENTHALT DES BELGISCHEN NAZI DE- GRELLE IN DER VAR

Der Tagespresse vom 9. 2. 1970 war zu entnehmen, daß "der frühere NS-Gouverneur und Führer der rechtsextremistischen Rexisten-Bewegung in Belgien, Léon Degrelle, ... aus seinem Exil in Madrid nach Kairo geflüchtet" ist. "Dort befindet er sich nach Angaben seines Mitarbeiters Jean-Robert Debbaudt in Sicherheit. Debbaudt berichtete darüber am Samstag in einem Schreiben an die belgische Nachrichtenagentur "Belga", in dem er Nasser "absolute Solidarität im Kampf gegen den Zionismus" verspricht. Degrelle, der als Kollaborateur in Belgien zum Tode verurteilt worden ist, lebte seit 1945 als politischer Flüchtling in Madrid." (FR, 9. 2. 1970)

Bis jetzt war Degrelle ein lebendiges Zeugnis für die enge Freundschaft, die das reaktionäre Franco-Regime mit dem Hitlerfaschismus verband. Das Franco-Regime versucht heute seine Verbindung zum Nazi-Imperialismus vergessen zu machen, um sich dem modernen Imperialismus anschließen zu können, den ehemalige Nazis und einige ihrer Opfer in der EWG repräsentieren. Degrelle als ehemaligem Nazihäuptling des heutigen EWG-Staat Belgien wurde das Gastrecht entzogen. Jetzt glaubt er, daß er den Kampf gegen die Juden im Nahen Osten weiterführen kann.

Es muß daran erinnert werden, daß das nasseristische Ägypten, das selbst von einem der brutalsten imperialistischen Regime bedrängt wird, schon öfter radikalen Vertretern des Nazi-Imperialismus Asyl gewährt hat. Die Fälle Zinn und Degrelle sind nur die bekanntesten.

Als Gegner des zionistischen Imperialismus, die bereit sind, die demokratische palästinensische Widerstandsbewegung aktiv zu unterstützen, halten wir es für unerträglich, daß Faschisten und Antisemiten in Ägypten

aufgenommen werden und sich dort als Stützen des antizionistischen Kampfs aufspielen dürfen. Wir fordern die Auslieferung Degrelles an die belgische Justiz.

Die Fälle Zinn und Degrelle werfen ein Licht auf den Charakter des nasseristischen Regimes. Die ägyptische Nationalbourgeoisie kämpft gegen die imperialistischen Großmächte, vor allem die USA, um die Verfügung über die nationalen Produktivkräfte und Produktionsmittel. Der wichtigste aktuelle Gegner in diesem Kampf ist der expansive Zionismus, der die Unabhängigkeitsbestrebungen im eigenen und im US-amerikanischen Interesse zu behindern sucht. Die ägyptische Bourgeoisie kämpft nicht gegen den Imperialismus als eine Form der Herrschaft des Kapitalismus, sie bekämpft ihn nur soweit er ihre eigene Herrschaft in Form eines gemischten privaten und staatlichen Kapitalismus bedroht.

Das erklärt, warum die VAR heute offen den Verrat am antiimperialistischen Kampf vor allem der palästinensischen Massen anstrebt, indem sie die "friedliche Lösung" des Konflikts mit Israel proklamiert, die die Existenz der imperialistischen Agenturen im Nahen Osten verewigen soll, und andererseits wahllos Bündnisse mit allen sucht, die Unterstützung bieten, so lange gekämpft werden muß. Obwohl Kommunisten in Ägypten jahrelang blutig verfolgt wurden, nennt sich Nasser heute einen Freund der Sowjet-Union und geniert sich gleichzeitig nicht, Henker des Nazi-Imperialismus bei sich aufzunehmen, die glauben, heute im Nahen Osten zur Endlösung der Judenfrage beitragen zu können.

Die antiimperialistischen Organisationen, die in Palästina den Zionismus bewaffnet bekämpfen, müssen sich

heute mit den Teilen der arabischen herrschenden Klassen verbündet, die sich gegen die Ausplünderung ihrer Länder durch das westeuropäische und US-amerikanische Kapital wehren. und die aus diesem Grunde objektiv für eine gewisse Zeit eine progressive Rolle spielen. Für den endgültigen Sieg über den Imperialismus ist es aber notwendig, daß die klassenspezifischen Grenzen des bürgerlichen Antiimperialismus klar erkannt werden und die reaktionären und chauvinistischen Züge in der Politik der arabischen Bourgeoisie, wie sie sich in der Behandlung der Kurdenfrage, der Südsudanfrage und den Drohungen gegen die jüdische Bevölkerung in Palästina unter anderem ausdrücken, heute schon bekämpft werden.

Gerade im Kampf gegen den Zionismus, der sich zur Rechtfertigung seiner expansionistischen Politik lange Zeit erfolgreich auf die antifaschistische Solidarität mit den durch den Nazi-Imperialismus verfolgten Juden berufen hat, darf die antiimperialistische arabische Widerstandsbewegung keine Unterstützung durch Judenmörder

und Faschisten dulden.

Der SDS Heidelberg und das Palästina-Komitee Aachen, Frankfurt, Heidelberg fordern daher die Regierung der VAR auf, Degrelle an die belgische Justiz auszuliefern, damit er für seine Verbrechen an belgischen Antifaschisten und Juden bestraft wird.

Wir fordern darüberhinaus die Organisationen der palästinensischen Widerstandsbewegung auf, die Gewährung von Asyl für Degrelle durch die Regierung der VAR öffentlich zu mißbilligen.

In der Bundesrepublik fordern wir alle Organisationen, die die palästinensische Widerstandsbewegung unterstützen, vor allem aber die Generalunion palästinensischer Studenten (GUPS), die arabischen Studentenvereinigungen und die Palästina-Komitees auf, diese Erklärung zu unterstützen.

SDS Heidelberg

Palästina-Komitee Aachen, Frankfurt, Heidelberg

10. Februar 1970



Saudi - Arabien

Aus dem Budget 1957 in Riyal

1 Riyal = ca. DM 1,20

| Das Budget insgesamt | 1.375 Mio. |
|--|------------|
| 1. Das Budget des Königs und der königlichen Familie | 70 Mio. |
| 2. Diwan des Königs | 8 Mio. |
| 3. Außenministerium | 20 Mio. |
| 4. Verteidigungsministerium | 280 Mio. |
| 5. Innenministerium | 86 Mio. |
| 6. Kultusministerium | 87 Mio. |
| 7. Landwirtschaftsministerium | 21 Mio. |
| 8. Gesundheitsministerium | 45 Mio. |
| 9. Das Budget der Beduinen-Stämme und der Krieger | 192 Mio. |
| 10. Die königlichen Spesen | 30 Mio. |
| 11. Die königliche und nationale Garde | 76 Mio. |

Aus dem Budget 1966 in Riyal

1 Riyal = ca. 1,20 DM

| Das Budget insgesamt | 3.961 Mio. |
|---------------------------------------|------------|
| 1. Das private Budget des Königs | 173 Mio. |
| 2. Das Budget seines Stellvertreters | 8 Mio. |
| 3. Die königliche und nationale Garde | 188 Mio. |
| 4. Verteidigungsministerium | 622 Mio. |
| 5. Innenministerium | 612 Mio. |
| 6. Außenministerium | 56 Mio. |
| 7. Arbeitsministerium | 97 Mio. |
| 8. Kultusministerium | 405 Mio. |
| 9. Landwirtschaftsministerium | 244 Mio. |
| 10. Finanz- und Industrie-Ministerium | 189 Mio. |
| 11. Gesundheitsministerium | 156 Mio. |



DER FUNKE

Organ der SAALA und TRIKONT-Gruppen
in der BRD

Erscheint Ende Februar

Analysen und Dokumente über:

Die Lage der ausländischen Studenten

in der BRD

Die Portugiesischen Kolonien

Die Türkei

Indonesien

Palästina

Vietnam

Deutsche Großunternehmen in Lateinamerika

ISRACA

Analysen und Dokumente aus MAZPEN (Organ der ISRAELISCHEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION) und ISRACA (Organ des ISRAELISCHEN REVOLUTIONÄREN AKTIONS-KOMITÉE IM AUSLAND), herausgegeben von ISRACA in der Bundesrepublik und W-Berlin

Aus dem Inhalt:

Über Mazpen

Zur Palästinafrage

Zionismus und Antisemitismus

Israel und der Imperialismus

Die Israelische Linke

Israel und der Neokolonialismus ins Afrika

Bibliographie zur Palästina- und Israelfrage

ca. 70 Seiten

BESTELLUNGEN an:
Maja Kohen
6Frankfurt /Main
Schaumainkai 41
c/o Mosler